



Ausschuss für Kultur und Medien

39. Sitzung (öffentlich)

24. Februar 2015

Düsseldorf – Haus des Landtags

14:00 Uhr bis 16:30 Uhr

Vorsitz: Karl Schultheis (SPD)

Protokoll: Karin Wirsdörfer

Verhandlungspunkt:

Kunst im Landesbesitz

3

– Öffentliche Anhörung von Sachverständigen –

Hierzu werden die in der folgenden Tabelle aufgeführten Sachverständigen angehört:

Organisationen/Verbände	Sachverständige	Stellungnahmen	Seiten
Kunstakademie Münster	Prof. Dr. Gerd Blum	-/--	3, 22
	Prof. Dr. Dieter Ronte, Bonn	16/2608	5, 24, 35, 38
Verband Deutscher Kunsthistoriker e.V.	Prof. Dr. Barbara Welzel	16/2586	6, 25, 37, 38
Bundesverband Bildender Künstlerinnen und Künstler in NRW e.V.	Friederike van Duiven	16/2612	7, 26, 34, 38
Deutscher Künstlerbund e.V.	Andrea Knobloch	-/--	9, 27, 35

Organisationen/Verbände	Sachverständige	Stellungnahmen	Seiten
	Prof. Dr. Bazon Brock, Wuppertal	16/2613	11, 30, 35, 38

Weitere Stellungnahmen	
Prof. Dr. Dr. Thomas Olbricht, Essen	16/2587
Städtetag Nordrhein-Westfalen	16/2609

* * *

Vorsitzender Karl Schultheis: Meine Damen und Herren, ich begrüße Sie herzlich zur 39. Sitzung des Ausschusses für Kultur und Medien. Absprachegemäß wird diese Anhörung per Livestream im Internet übertragen. Die roten Leuchten oberhalb der Tür zeigen an, dass der Livestream auch eingeschaltet ist.

Thema unserer heutigen Anhörung ist:

Kunst im Landesbesitz

– Öffentliche Anhörung von Sachverständigen –

Hierzu begrüße ich ganz herzlich die Expertinnen und Experten, die wir heute eingeladen haben, sowie die Vertreter der Medien. Ich danke insbesondere den Sachverständigen, die über ihre Anwesenheit hinaus eine schriftliche Stellungnahme zur Verfügung gestellt haben. Diese schriftlichen Stellungnahmen waren nicht unbedingt gefordert, aber sie sind eine Hilfe für die weitere Arbeit.

(Es erfolgen einige organisatorische Hinweise.)

Wir können dann gleich mit der Anhörung beginnen, Herr Prof. Blum, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Gerd Blum (Kunstakademie Münster): Herzlichen Dank für die freundliche Einladung, an dieser Sitzung teilnehmen zu dürfen. Das Land Nordrhein-Westfalen hat seit Jahrzehnten eine sehr erfolgreiche Ankaufspolitik im Bereich der zeitgenössischen Kunst betrieben. So ist die zeitgenössische Kunst zu einem zentralen und vitalen Kernbestandteil der kulturellen Identität des neuen Bundeslandes geworden.

Als ich noch Schüler in Singen am Hohentwiel, an der Schweizer Grenze, war, wusste ich schon, dass es in Bochum eine Skulptur von Richard Serra gibt, dass es eine Kunstsammlung K20 in Nordrhein-Westfalen, in Düsseldorf, gibt, dass es Skulpturprojekte in Münster gibt. Als ich dann in Bochum an der Ruhr-Universität studierte – das war ja für lange Zeit ein führendes Institut für zeitgenössische Kunst –, hat man gemerkt, wie sehr die zeitgenössische Kunst in der Lebenswirklichkeit einer solchen Ruhrgebietsstadt eine identitätsstiftende Wirkung entfaltet hat.

So ist auch am 17. Dezember 2014, wie Sie wissen, das erste Kulturfördergesetz eines Bundeslandes verabschiedet worden, das in seinen einleitenden Sätzen auf die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen Bezug nimmt, nach der die Förderung von Kunst und Kultur eine wichtige Landesaufgabe ist. So wurde erst vor zwei Monaten im § 8, ich zitiere,

„Sicherung und Erhalt des kulturellen Erbes“
festgeschrieben.

Ich möchte zwei Aspekte beleuchten, und zwar einerseits: Wie ist die Situation entstanden, dass wir überhaupt darüber reden müssen, dass bedeutende Kunstwerke im Landesbesitz möglicherweise verkauft werden? Die zweite Frage ist: Welchen Stellenwert haben diese Werke in der Gesamtstruktur der Kunstlandschaft NRW?

Es scheint mir sehr wichtig zu sein, darauf hinzuweisen, dass die Tatsache, dass sich diese Kunstwerke im Besitz der Portigon AG befinden, eine politische Entscheidung war. Das war nicht naturgegeben so, sondern das wurde hier entschieden.

Ich habe gehört, dass es in München, in der Alten Pinakothek, bedeutende Bestände an Malerei des 18. Jahrhunderts gibt. Diese wurden von der ehemaligen Hypo Vereinsbank gekauft. Als diese wohl aufgrund großer finanzieller Schwierigkeiten an die UniCredit aus Oberitalien veräußert wurde, hat man eine Lösung gefunden, diese Werke des 18. Jahrhunderts aus dem ganzen Handel herauszuhalten, sodass sie – soweit ich weiß – dauerhaft für die Alte Pinakothek erhalten worden sind.

Das ist zum größten Teil bei den Werken der Portigon AG bzw. der WestLB nicht geschehen, weil sich ja ein Teil der wichtigen Kunstwerke im Besitz der LBS, die am Aasee sitzt, befindet. Diese Werke sind nicht Gegenstand unserer Diskussion. Es war damals eine gute Entscheidung. Wahrscheinlich ist es im Eifer des Gefechtes, als es um die Bankenrettung ging, nicht bedacht worden, dass hier so bedeutende Werke an die Bad Bank veräußert wurden. Aber diejenigen, die das entschieden haben, sollten meiner Meinung nach Ihre Verantwortung für das Land wahrnehmen und diese Entscheidung in einer sinnvollen Weise wieder revidieren.

Man kann sich aber meines Erachtens nicht darauf berufen, dass hier ein Automatismus herrsche, nach dem man nun verpflichtet sei, diese Werke zu verkaufen. Es wurde entschieden, dass die Portigon AG auf diese Weise diese Werke zu bekommen hat.

Ich möchte ein Beispiel nennen, um zu verdeutlichen, wie wichtig diese Kunstwerke für das kulturelle Leben des Landes sind. Ich spreche bewusst von meiner Heimatstadt Münster. Wir haben hinter dem Rathaus des Westfälischen Friedens eine Skulptur von Chillida „Toleranz durch Dialog“. – Ein weltberühmter Bildhauer, eine weltberühmte Skulptur, ortsspezifisch. Der Platz wurde eigens für diese Skulptur gestaltet. Nach den Terroranschlägen der IS auf Charlie Hebdo haben Bürger der Stadt und höchste Repräsentanten dort ihre Beileidsbekunden abgelegt. Kann man sich ernsthaft vorstellen, dass man eine Platzanlage, die zu den bedeutendsten identitätsstiftenden Plätzen dieses Bundeslandes gehört, verkauft?

Dann wollte ich noch zwei Dinge ansprechen. Zum einen denke ich, dass das Thema „Ausverkauf“ dem Image unseres Bundeslandes nicht gut zusteht. Und zur Nachhaltigkeit kann ich nur sagen: Das sind die einzigen Werte, die uns von diesen Milliardenverlusten noch übriggeblieben sind. Es sind die Stradivari-Geigen und diese Kunstwerke. Ich bin überzeugt, wenn man untersuchen würde, wie viel Wirtschaftskraft von der Tatsache ausgeht, dass das Land Nordrhein-Westfalen als Kunstland in der ganzen Welt bekannt ist, würde man feststellen, dass diese Kunstwerke, beispielsweise für Münster diese Spitzenwerke, eine Rendite erwirtschaften. Das ist praktisch wie eine Staatsanleihe aus Zeiten als es noch 8 % Zinsen gab. Und diese

Zinsen gibt es aber über 500 Jahre. Das wäre meines Erachtens im Sine der Nachhaltigkeit ein Fehler, diese Werke zu veräußern.

Prof. Dr. Dieter Ronte (Bonn): Herzlichen Dank für die Einladung. Ich möchte mich kurzfassen und auch gar nicht auf den Komplex, den wir besprechen, detailliert eingehen, sondern das Denken, das dahinter steht, das für einen Museumsmann völlig inakzeptabel ist, verdeutlichen. Schon der Ansatz, dass man überhaupt daran denkt, diese Werke zu verkaufen, ist absolut nicht hinnehmbar.

Ein Kunstwerk hat zwei Werte, der eine ist der ästhetische Wert, der religiös, formal, philosophisch, existenziell, politisch oder was auch immer sein kann. Deswegen sind wir bei der bildenden Kunst so engagiert, da es der ästhetische Wert ist, den das Kunstwerk ausmacht. Der ästhetische Wert kann sich verändern. Er kann sich bei Rembrandt bis zu 150 Jahre ins Nichts auflösen, dann wird er wieder entdeckt. Van Gogh ist erst nach seinem Tod entdeckt worden. Dazu kommt der ökonomische Wert, wenn unsere Gesellschaft an das Kunstwerk herangetragen wird. Dieser ökonomische Wert ist von unglaublich vielen Dingen abhängig, aber eigentlich nicht von dem ästhetischen Wert des Kunstwerks. Der ökonomische Wert wird von außen herangetragen.

Wenn wir die Prioritäten bei der Betrachtung von Kunst umkehren und sagen, der ökonomische Wert ist wichtiger als der ästhetische, dann ist das das Ende einer jeden kulturellen Verantwortung und Gesellschaft. Ich gebe Ihnen ein Beispiel. Herr Sternberg kennt es schon, weil wir darüber schon gelacht haben: Als ich mein erstes Kunstwerk, den Blument Teppich von Macke, für das Kunstmuseum Bonn mit Hilfe des Landes für einen Preis von einer Million gekauft habe, kam der Kämmerer zu mir und sagte: Lieber Herr Ronte, wenn Sie für rund eine Million ein Kunstwerk kaufen, müssen Sie mir 20.000 Besucher mehr im Jahr garantieren. – Ich sagte: Ja, bei 5 DM Eintritt hat sich das Kunstwerk nach zehn Jahren amortisiert. Und dann werfe ich es weg. Er entgegnete: Wieso das denn? – Daraufhin antwortete ich: Das machen Sie doch mit Ihren Müllautos auch. – Ein Kunstwerk ist kein normales Produkt. Wenn Sie diese Denkweise ernst nehmen, dass die Ökonomie eines Kunstwerkes wichtiger ist als deren Ästhetik, dann sollten Sie die Museen zwingen, kapitalistische Museen einzurichten. Sie fangen mit den billigen Bildern an, dann erhöhen Sie den Eintritt und kommen zur nächsten Kategorie. Wenn Sie die Mona Lisa sehen wollen, zahlen Sie 5.000 \$ und können mit zehn Leuten allein vor dem Bild stehen und den ästhetischen Wert genießen.

Es kann nicht sein, dass die öffentliche Hand irgendeinen Zugriff auf Kunstwerke hat. Man kann doch nicht ein Casino in seinem Betrieb verlängern, nur weil man zwei Warhols verkauft. Denn das löst das finanzielle Problem des Betriebs auf Dauer nicht. Da muss ganz klar der kulturelle Anspruch des Landes den Vorrang haben. Dafür braucht man eine gewisse Sensibilität und muss es intern diskutieren. Man darf es gar nicht nach außen bringen. Denn diese Diskussion hat Nordrhein-Westfalen, wenn ich mich bei Kollegen umhöre, sehr geschadet.

Es kann übrigens auch nicht sein, dass der Giovanni di Paulo, der vor hundert Jahren von den Münsteraner Bürgern angekauft wurde, nun – nachdem der Kunstverein,

als er ausziehen musste, von der WestLB die Gelder bekommen hat, weil man den Giovanni di Paolo dahin gegeben hat – als Verkaufsobjekt angesehen wird. Das sind Dinge, die für den Museumsmann inakzeptabel sind.

Prof. Dr. Barbara Welzel (Verband Deutscher Kunsthistoriker e.V.): Vielen Dank, dass wir heute an dieser Anhörung teilnehmen dürfen. Lieber Gerd Blum, auch ich habe einmal in Bochum bei Max Imdahl angefangen zu studieren und arbeite nun in Nordrhein-Westfalen an der Technischen Universität Dortmund.

Wir können als Berufsverband, als Verband, dem sehr unterschiedlichen Kunsthistoriker angehören, aber leider nicht alle Kunsthistoriker als Lobby-Group vertreten, da wir dafür zu verschieden sind. Wir sehen uns vielmehr als eine Art Fachethik, die über jede Differenz bezüglich unserer Ansätze und Haltungen hinweg erhaben ist. Nur diese Dinge können wir machen.

Zum zweiten Mal in unserer Geschichte haben wir einen Offenen Brief verfasst, eine Online-Petition an die Ministerpräsidentin geschickt, die uns übrigens von der Staatskanzlei hat antworten lassen, dass sie den Brief zuständigkeitshalber an das Finanzministerium weitergeleitet habe. In unserem Offenen Brief an die Ministerpräsidentin haben wir gegen die Absicht, diesen Kunstbesitz zu verkaufen, scharf protestiert. Warum? – Ich würde gerne – darüber haben wir lange beim Verfassen des Briefes diskutiert – eine kleine Differenzstufe zwischen Museumsbesitz und öffentlichem Besitz einführen, da dies nicht immer identisch ist. Es ist allgemeiner Standard, dass der Museumsbesitz unveräußerlich ist und in die Erbschaft künftiger Generationen gesetzt ist und mit Absicht aus der jeweiligen Verfügungsgewalt der jeweiligen Gegenwart herausgenommen wurde. Dazu gehören aus dem Bestand der WestLB nach allgemeinem Verständnis all die Werke, die unter der Maßgabe, dass sich damals alle darauf verlassen haben, dass es sich dabei um eine Dauerleihgabe an Museen mit einer verbindlichen Vereinbarung handelt, dahin gegeben wurden. Der Giovanni di Paolo ist das berühmteste Beispiel dafür. Da wird ein Versprechen an die Öffentlichkeit, an die Generationenfolge und an die Institution Museum gebrochen, wenn man die Werke herausnimmt. Das ist das eine.

Auf der anderen Seite gibt es den öffentlichen Besitz in unterschiedlichen Funktionen. Der Chillida ist beispielsweise ein Monument auf einem öffentlichen Platz. Auch der wurde hingegeben in dem Versprechen, ihn an diesem Ort zu lassen und aus der Zirkulation von Finanzwirten herauszuhalten. Auch das ist ein Versprechen, das den Bürgern, die auch Steuerzahler sind, gegeben wurde und im Moment gebrochen zu werden droht.

Ich bin nicht ganz sicher – ich spreche es jetzt einmal aus, wir haben das ja auch mit Absicht offengelassen –, ob das für jedes einzelne Werk, das im Besitz einer Bank gewesen ist, gilt, oder ob es hier darum geht, zu diskutieren. Wichtig scheint uns diese Diskussion deswegen zu sein, weil das Gegeneinandersetzen von Kapitalwerten und Kunstwerken eine große Gefahr birgt. Denn diese wurden im Übrigen alle zu einer Zeit gekauft, als sich niemand die Explosion der Preise auf dem Kunstmarkt vorstellen konnte. Wir wissen von Anrufen von internationalen Auktionshäusern bei Kommunen, nach dem Motto: Ihr habt doch einen XY, der ist doch 11 Millionen wert.

Wollt ihr nicht eure Finanzen machen? – Wir sehen das Land in einer klaren Verantwortung, hier weder einen Damm- noch einen Tabubruch in einer Weise zu verantworten, der dazu führt, dass diese Generation das, was auf Dauer gestellt ist, den folgende Generationen – das sind die 500 Jahre oder vielleicht auch noch mehr – wegzunehmen, um damit Problemen der Gegenwart lösen zu wollen, für die man andere Lösungen finden muss.

Wir plädieren dafür, dass man diese Diskussion jetzt führt und sich darauf verständigt, dass zu den Werten eines Landes neben den Kapitalwerten auch die kulturellen Werte gehören und in aller Zuspitzung und aus der Fachethik heraus, die Gegenwart nicht das Recht hat, die Zukunft um diese Werte zu plündern.

Die Situation am Finanz- und am Kunstmarkt bedeutet, dass die Werke, sollten sie auf dem freien Markt verkauft werden, von keinem öffentlichen Museum in Deutschland und von keinem Museum in Europa mehr angekauft werden kann. Das heißt, wir reden im Moment implizit auch darüber, was von diesen Werken überhaupt eine Generation später in Europa noch zu sehen ist. Wir reden nicht mehr nur über Nordrhein-Westfalen.

Das ist der fachethische Horizont, zu dem sich der Verband Deutscher Kunsthistoriker entschieden hat, klar Stellung zu nehmen. Sie wissen, wir haben diese Online-Petition kurz vor Weihnachten ins Netz gestellt. Wir sind inzwischen weit außerhalb unserer Mitglieder bei einer Unterschriftenzahl von aktuell knapp 4.000. Wir lassen es so stehen, weil es unserer Meinung nach noch nicht vorbei ist.

Friederike van Duiven (Bundesverband Bildender Künstler/innen in NRW e.V.):

Herzlichen Dank für die Einladung, dass ich im Namen der Künstlerinnen und Künstler des Landes zu dem Thema sprechen darf. Notgedrungen setzt sich die Meinung etwas von der der Museen und Kunsthistoriker ab. Es ist aber so, dass wir sowohl den Appell der 26 Museen im Lande wie auch den der Kunsthistoriker und des Künstlerbundes selbstverständlich unterzeichnet haben, weil der Verkauf der beiden Warhol-Bilder dem Vertrauen der Künstlerinnen und Künstler in die Politik des Landes und in das Land an sich schon maßgeblichen Schaden zugefügt hat.

Die Künstler sind bisher davon ausgegangen, dass mit dem Ankauf von Kunst durch die öffentliche Hand zugleich ein pfleglicher Umgang verbunden ist und die Bilder auch vor dem Zugriff des Marktes geschützt sind. Das ist anscheinend nicht mehr der Fall. Gleichzeitig haben wir viel Zeit auch in die Begleitung des Kulturfördergesetzes investiert und mussten uns fragen, was ein so maßgeblicher Satz wie „Es ist die Aufgabe des Landes, Kunst und Kultur zu wahren, zu pflegen und zukunftsfähig zu fördern.“ wert ist vor dem Tableau dessen, was jetzt geschieht. Wir können nicht verstehen, dass man so etwas niederschreibt, und dann nicht in der Lage ist, solche Verkäufe zu verhindern, insbesondere wenn man Äußerungen aus der Kulturpolitik oder aus dem Finanzministerium hört, die den Sinn eines solchen Satzes anscheinend überhaupt nicht verstanden haben.

Ich möchte darauf Bezug nehmen, worum es jetzt tatsächlich geht. Es wurde vorhin schon einmal grob angesprochen, was das Land seit den 50-iger Jahren mit seinen

Kunstsammlungen bezweckt hat. Es sind ja nicht nur die Werke, die für die Museen angekauft worden sind, sondern es geht auch darum, dass Kunst als Gesamtausstattung landeseigener Unternehmen und Häuser erworben wurde, es geht um Kunst am Bau bei öffentlichen Bauten des Landes, es geht um Kunst im öffentlichen Raum bis hin zu einer Sammlung von Originalgraphiken, die für die Schulen angekauft wurde. Jede diese Sammlungen hat ihre ureigene Ausrichtung und ist nicht mehr oder weniger wert als eine andere. Sie ist einfach nur anders.

Gleichzeitig sind alle diese Sammlungen Ausdruck einer Wertschätzung gegenüber der Kunst und letzten Endes auch ein Bekenntnis gegenüber den Künstlerinnen und Künstlern des Landes.

In diesem Sinne möchten wir, dass der Satz, den ich eben vorgelesen habe, auch weitergetragen wird. Das heißt, dass diese Sammlungen, und zwar jede einzelne dieser Sammlungen, bewahrt, gepflegt und zukunftsfähig ausgebaut werden.

Was ist aus unserer Sicht zu tun? – Der BBK Nordrhein-Westfalen möchte sich nicht darauf beschränken, so wie wir die Petition unterschrieben haben, einfach nur die Kunst im Landesbesitz zu bewahren und Verkäufen entgegenzustehen. Wir sind der Meinung, dass wir das nur auf Dauer abwehren können, wenn wir die Sammlungen zukunftsfähig ausbauen. Es muss gewährleistet sein, dass pfleglich mit den Dingen umgegangen wird, dass ein respektvoller Umgang mit der Kunst und mit den Künstlern erfolgt, dass aber auch die Sammlungen weiter ausgebaut werden. Auch die gegenwärtigen Künstler möchten entsprechend behandelt werden. Das Land Nordrhein-Westfalen hat sich jahrzehntelang als Mäzen gegenüber der Kunst und den Künstlern verhalten. Ich habe bisher noch nicht gehört, dass dieser Vertrag aufgekündigt wurde. Wir bilden jedes Jahr mit unendlich viel Geld Künstlerinnen und Künstler in den Kunstakademien aus. Diese Künstler sind nicht weniger wert als die Künstler der vorigen Generationen. Einige dieser Künstler sind hervorragende Künstler in ihrem ästhetischen Wert, den sie hervorbringen. Herr Ronte, herzlichen Dank für diese Unterscheidung, die ich als ganz wichtig ansehe.

Wir, die Künstler, sind darauf angewiesen, dass dieser respektvolle Umgang sowohl für die Kunstgeschichte gilt, also mit den Künstlern, die vielleicht schon lange nicht mehr leben und Hervorragendes geleistet haben, als auch für die Künstler, die jetzt im Moment erst ausgebildet werden. Wir müssen uns in diese Reihe einreihen. Ein Umgang mit dem kulturellen Erbe ist einfach nicht nur rückwärts, sondern auch in die Zukunft gewandt. Dafür möchten wir hier vehement eintreten.

Es gibt noch eine andere Sache, die ich hier als Resümee in meiner Stellungnahme niedergeschrieben habe, die sich auf den Gegensatz zwischen ästhetischem und ökonomischem Wert bezieht. Denn wir sehen einen Dammbruch nicht nur dahingehend, dass mittlerweile auch in den Kommunen Politiker anfangen, darüber nachzudenken, ob man nicht das eine oder andere durch den Verkauf von Kunst finanzieren kann, sondern dass es anscheinend zu einem gesellschaftlichen Konsens wird, durch solche öffentlichen Äußerungen, Kunst nur noch in ihrem ökonomischen Wert und nicht mehr in ihrem ästhetischen Wert zu betrachten. Das geht absolut nicht.

Andrea Knobloch (Deutscher Künstlerbund e.V.): Ich bedanke mich ebenfalls ganz herzlich für die Einladung und für die Möglichkeit als Vorstandsmitglied des Deutschen Künstlerbunds, hier sprechen zu dürfen. Ich versuche, unsere Position zu schildern, ohne meine Vorrednerinnen und Vorredner zu wiederholen.

Der Deutsche Künstlerbund vertritt Künstlerinnen und Künstler, die aus völlig unterschiedlichen Generationen stammen, unterschiedliche Ausbildungen haben und eine unterschiedliche Kunstpraxis pflegen. Um die Bedeutung für Nordrhein-Westfalen hervorzuheben, kann ich sagen, dass die beiden Preisträgerinnen des Künstlerinnenpreises NRW, sowohl die Preisträgerin, Nanne Meyer, als auch die Förderpreisträgerin, Katharina Hinsberg, Mitglied im Deutschen Künstlerbund sind. Heinz Mack war Mitglied im Deutschen Künstlerbund. Wir fühlen uns also dem Land Nordrhein-Westfalen sehr stark verbunden, da die Mehrzahl unserer Mitglieder hier beheimatet ist und hier arbeitet.

Nordrhein-Westfalen ist immer schon ein wichtiger Standort für Künstlerinnen und Künstler gewesen. Frau van Duiven hat es erwähnt: Hier gibt es Ausbildungsstätten von hohem Rang, es werden Künstler ausgebildet, die natürlich auch nach Tätigkeitsmöglichkeiten suchen. Wir wissen alle, dass die politische Entwicklung in den letzten Jahren nicht gerade dazu geführt, diese Tätigkeitsmöglichkeiten zu vermehren. Im Gegenteil, die Politik des Landes als auch die des Bundes geht eigentlich dahin, dass Ankaufsetats in Sammlungen und Kunstmuseen seit Jahrzehnten immer weiter zurückgeführt werden. Es ist daher festzustellen, dass natürlich, wenn Ankäufe auf einem preislich explodierenden Markt erfolgen, viele Häuser darauf angewiesen sind, Public Private Partnerships einzugehen.

So ist es mit der WestLB zu sehen. Ich habe in der letzten Zeit mit mehreren Kolleginnen und Kollegen darüber gesprochen, die mir übereinstimmend bestätigt haben, dass die Ankäufe, die bei ihnen getätigt wurden, auch mit dem Argument, Preisnachlässe zu gewähren, verhandelt haben, da die Werke für öffentliche Sammlungen angekauft und dort auch öffentlich gezeigt werden. Für einen Künstler ist das natürlich eine andere Aussicht als in einer Privatsammlung „zu verschwinden“. Kunstwerke, die öffentlich sichtbar sind, nehmen auch weiterhin am zeitgenössischen Kunstdiskurs teil, weil sie gesehen, besprochen und diskutiert werden.

Hier ist tatsächlich ein Vertrauensbruch zu beklagen, der die Künstlerinnen und Künstler heute unmittelbar betrifft, die Werke in diesen Sammlungen haben. Jetzt kommt ein ganz wichtiger Punkt: Die Bestandslisten der Werke dieser Sammlungen, also das, was tatsächlich in den Sammlungen, um die es geht, vorhanden ist – das betrifft nicht nur die WestLB, sondern auch die Sammlung des WDR – ganz aktuell –, und den Kunstbestand der WestSpiel-Gruppe – sind für uns nicht verfügbar. Wir können unsere Arbeit, die auch darin besteht, die Interessen unserer Künstlerinnen und Künstler zu vertreten, eigentlich nicht fortführen, weil wir die Kolleginnen und Kollegen nicht ansprechen können. Es besteht anscheinend auch gar keine Auskunftspflicht. Ein Künstler sagte mir, dass ihm davon abgeraten worden sei, bei der Portigon AG nachzufragen, ob seine Werke überhaupt noch vorhanden seien.

Diesbezüglich kommt noch ein weiterer Aspekt ins Spiel. Es gab einen Artikel in der Welt, der meines Erachtens am 2. Februar dieses Jahres erschienen ist. In dem war

die Rede davon, dass in dem Jahr 2006 im Anlageverzeichnis der WestLB noch 6.000 Kunstwerke geführt worden sind. Im Jahr 2009 soll es sich nur noch um 1.600 Werke gehandelt haben, jetzt sind nur noch 400 in der Diskussion, von denen sich 112 im Ausland befinden.

Das bedeutet, dass die berechtigte Frage „Sind meine Werke überhaupt noch da, und falls nicht, wo befinden sie sich jetzt?“ im Moment nicht beantwortet werden kann. Deswegen ist unser Interesse in erster Linie in diesem Moment, dass die Bestände offengelegt werden. In der Presse war mehrfach zu lesen, dass die Pflege der Bestände und die der Bestandsliste beispielsweise bei der WestLB ausgesprochen unvollständig vorgenommen worden ist. Teilweise sind nur Titel der Werke angegeben, aber weder Technik, Medium oder Größe sind vermerkt. Das macht es von vornherein schwer einzuschätzen, um was es sich überhaupt handelt, ob es ein Gemälde, ein Druckwerk oder was auch immer ist.

Es geht uns derzeit vor allem darum, die Situation, wie sie sich derzeit darstellt, überhaupt umgreifen zu können. Dazu fehlen uns die Informationen. Unsere dringende Bitte ist tatsächlich: Setzen Sie sich mit uns zusammen, der BBK sowie der Deutsche Künstlerbund sind hier vertreten. Wir sind dialogbereit und möchten gerne daran mitarbeiten, diese Dinge aufzuklären, um dann auch zu Lösungen zu kommen, die für alle gangbar sind.

Was die Verkäufe anbelangt, gibt es für Künstlerinnen und Künstler auch noch andere Problematiken. Ich spreche jetzt das Folgerecht an, das heißt, dass bei Wiederverkauf von solchen Arbeiten Folgerecht anfällt. Die VG Bildkunst hat mir heute mitgeteilt, dass sie, sofern die Portigon AG die Sammlung insgesamt verkauft, diese als Verwerter behandelt wird, also auch Folgerecht von ihr fordern werden wird.

Mir ist aber noch wichtig: Im Jahr 2006 wurden angeblich noch 6.000 Kunstwerke in den Bilanzen geführt. Eben hat meines Erachtens Herr Prof. Blum das Beispiel der HypoVereinsbank angesprochen. Sie hatten gesagt, dass es da eine Lösung gegeben habe, die sehr vorteilhaft für die Kunstbestand war, weil er dadurch nämlich erhalten werden kann, und hatten angemerkt, dass vielleicht im Rahmen der Verwirrungen um die WestLB an so etwas seinerzeit nicht gedacht worden sei. Das ist nicht der Fall. Schon im Jahr 2006, als das Beckmann-Selbstporträt von dem damaligen Vorstandsvorsitzenden Thomas Fischer eigenhändig verkauft worden ist, hatte Herr Große-Brockhoff angeregt, darüber nachzudenken, ob die Kunstbestände der landeseigenen Betriebe nicht besser in eine Stiftung überführt werden könnten, die an die Landessammlung Nordrhein-Westfalens angegliedert würde. Das Bewusstsein dafür, dass es in der Zukunft hier zu Problemen kommen könnte, ist mittlerweile schon elf Jahre alt. Wir fragen uns, warum dieser Vorschlag damals nicht aufgegriffen worden ist, und warum dieser Vorschlag, heute nicht noch realisiert werden kann, zumal die Portigon AG zu 100 % dem Land gehört.

Abgesehen davon, dass das Vertrauensverhältnis der Künstlerinnen und Künstler zu Ankäufen in öffentliche Sammlungen gestört ist – da geht es natürlich auch um Preise und Sonderkonditionen, ich sprach es eben an –, ergibt sich aus dem Geschehen eine Perspektive, die uns tatsächlich Sorgen bereitet. Wie ich eben schon angesprochen habe, ist die WestLB ja nicht die einzige Konstruktion, in der eine Sammlung

sozusagen öffentlich-privat mit bestimmten Konditionen – darüber weiß ich nichts – aufgestellt worden ist. Es gibt im ganzen Land und auch bundesweit sehr viele Public Private Partnerships. Nicht zuletzt ist zu beobachten, dass in vielen Kommunen Kunstbesitz sowohl der Institutionen als auch der Kunst, die in den öffentlichen Räumen steht, als Aktiva in die Bilanzen der Haushalte aufgenommen worden ist. Uns stellt sich daher die Frage: Was passiert mit diesen Werken, sollten die Kommunen, wie es in Nordrhein-Westfalen tatsächlich schon der Fall ist, tatsächlich in ernste finanzielle Schwierigkeiten geraten?

Wir denken, dass dieser Fall WestLB eine Anregung sein müsste, diese Praxis zu evaluieren und darüber nachzudenken, wie wir zu Lösungen kommen können, bevor die Kunst in den Brunnen bzw. auf den Markt nach New York oder in die Schweiz fällt, was dann für die noch lebenden zeitgenössischen Künstler zum Beispiel auch bedeuten würde, dass das Folgerecht nicht in Anspruch genommen werden kann, weil mit diesen Ländern beispielsweise keine Vereinbarungen darüber bestehen.

Es ist immer kompliziert, wenn die Kunst und die Kultur unter Rechtfertigungsdruck geraten und ihrerseits zur ökonomischen Argumentation greifen. Deswegen bin ich da ein wenig ambivalent in dem, was ich sagen möchte, aber mir geht es eigentlich um Relationen.

Soweit es der Presse zu entnehmen war, beträgt der geschätzte Versicherungswert dieser Portigon-Sammlung, über die wir jetzt sprechen, rund 28 Millionen €. Angesichts der Tatsache, dass die Portigon AG selbst – ebenfalls laut Presseberichte – im Jahr 500 Millionen € Verluste macht und die Insolvenz der WestLB dem Steuerzahler mittlerweile schon 18 Milliarden € gekostet hat, stellt sich mir die Frage, wie die Verhältnismäßigkeit einzuschätzen ist, und wie es zu bewerten ist, dass jetzt dem Geiger Frank-Peter Zimmermann sein Instrument, die Stradivari, entzogen worden ist. Zimmermann war eine Zeit lang die musikalische Hoffnung in Nordrhein-Westfalen und sicherlich auch ein Aushängeschild für dieses Land. Insofern entbehrt das jeder Beschreibung, dass ihm jetzt diese Geige weggenommen worden ist. Ich meine, es wäre an der Zeit, darüber nachzudenken, ob wir mit diesen Verwertungsdiskursen auf beiden Seiten überhaupt weiterkommen und ob wir nicht jenseits dieser technokratischen Denke wieder zurückkommen müssen zu dem, was einem Kulturland gebührt, nämlich tatsächlich mit Herzblut, Emotionen und Engagement gemeinsam daran zu arbeiten, dass diese Kunst für das Land erhalten wird.

Eine Anmerkung zum Schluss: Der Deutsche Künstlerbund spricht sich nicht dafür aus, dass in keinem Fall Kunst aus öffentlichem Besitz verkauft werden darf. Wir sind uns natürlich bewusst, dass man damit in die Sammlungskompetenz eingreifen würde und dass es nicht zielführend ist. Wir bitten nur darum, wenn verkauft wird, tatsächlich Fachgremien hinzuziehen und das nicht ausschließlich aus ökonomischen Gründen bzw. zum Schuldendienst oder wegen anderer Gründe zu tätigen.

Prof. Dr. Bazon Brock, Wuppertal: Ich stimme den Ausführungen von Frau Knobloch bis auf den letzten Hinweis, dass es doch möglich sei, aus öffentlichen Sammlungen zu verkaufen, zu. Wir haben das Problem bei der Bahn-Stiftung hinreichend jahrelang international von allen Experten, die überhaupt nur denkbar waren, disku-

tiert. Das Resultat ist immer das Gleiche. Gerade derjenige, der glaubt, vor allem aus ökonomischen Interessen und aus Verantwortlichkeiten zu handeln wenn er verkauft, sabotiert damit genau dieses Interesse. Es gibt viele Beispiele, an denen man das zeigen kann, wie ökonomisch dumm es ist, so etwas zu verkaufen. Gerade das Argument, hier gehe es um Ökonomie, würde es verbieten, es zu verkaufen. Nehmen wir ein Beispiel: Die 1977 entstandene Studie über die Beiträge der verschiedenen sozialen Gruppierungen zur Entstehung des Bruttosozialprodukts hat ergeben, dass über 60 % des nationalen Bruttosozialprodukts durch kulturelle Distinktionsleistungen erbracht werden. Also alles, was im Bereich der Künste, der Wissenschaften gemacht wird, hat den höchsten ökonomischen Wert, den es überhaupt gibt.

Was Distinktionsleistung heißt, kann ich Ihnen kurz erläutern: Sie tragen hier alle Jacketts. Mal ist das Revers breit, mal ist es schmal. Man nennt das kurz modische Distinktion. Aber der Markt wird bestimmt durch den Wechsel in diesen Distinktionen. Wenn überhaupt ökonomische Bewegungen im Bereich der Mode stattfinden, dann durch den Wechsel von breiten zu schmalen Revers. Das ist jetzt nur ein Beispiel für den Gesamtzusammenhang. Das gilt natürlich auch für Stühle. Wer neue Stühle herstellt, macht dies in einem Unterschied zu dem bereits bestehenden Angebot.

Mit anderen Worten: Wer das nicht zur Kenntnis nimmt, bekundet damit erstens seine absolute Unfähigkeit, ökonomisch zu denken. Zweitens hat er überhaupt kein kulturelles, also kein soziales Bewusstsein. Er versteht von Kunst und Kultur gar nichts. Das ist die Lage in ganz Europa. Die französische Bildungs- und Wissenschaftsministerin hat bekundet, dass sie seit Jahren kein Buch mehr gelesen hat. Und das wird als Qualifikationsnachweis geführt. Alle, die hier teilnehmen, sollten sich fragen: Wie oft waren Sie im Theater? Wie oft haben Sie eine Sammlung, ein Archiv benutzt? Was heißt „Kulturstaatsverpflichtungen“ für die beteiligten Herrschaften? – Nämlich gar nichts. Wenn es einem selbst nichts bedeutet, sollte man nicht Kraft irgendeiner Funktion Blödsinn reproduzieren, der hinreichend zum ökonomischen Desaster geführt hat. Es ist lächerlich, dass Künstler mit ihren Arbeiten dazu beitragen sollen, für das ökonomische Desaster einer Bank mit 18 Milliarden der öffentlichen Schuldenmacherei gerade zu stehen. Das ist lächerlich, dumm. Es gibt unendlich viele Beispiele.

Nehmen Sie den Kulturtourismus, eine entscheidende Branche. Die kulturtouristische Attraktivität lebt von dem, was Künstler, Architekten, Kommunen etc. Jahrhunderte lang in die Welt gebracht haben. Sie können die heutigen kulturtouristischen Unternehmen fragen, wohin die Menschen fahren. Haben wir ihnen etwas zu bieten, das heute kulturell attraktiv wäre, um den Kulturtourismus anzuleiten? Das sind ausschließlich die Museen und ein paar Architekturen und sonst gar nichts. Der Landtag wird als eine kulturelle Großveranstaltung sicherlich auch von Touristen besucht, aber eher wie eine Veranstaltung auf der Ebene: Das kann ich auch. – Mehr ist dazu eigentlich nicht zu sagen.

Lassen Sie es mich wiederholen: Wer unter ökonomischen Gesichtspunkten solche Fehlentscheidungen trifft, sabotiert genau das Interesse, das er vorgibt, nämlich ökonomische Verantwortlichkeit zu haben. Aus ökonomischen Gründen ist es absolut unmöglich, etwas zu verscherbeln, was einen Wert auf einer ganz anderen Ebene

hat, beispielsweise die kulturelle Distinktion im Bereich der kulturtouristischen Attraktivität, und davon lebt ein erheblicher Teil. Wenn es um die Arbeitsplätze geht, sehen Sie, wie sich das überproportional im Bereich der Kräfte, die den Touristen die Kunst näherbringen, entwickelt hat.

Über das hinaus haben wir eine konzeptive Vorgabe für den Bereich der Öffentlichkeit und darauf zu achten, dass alles, was wir tun, auf allen Ebenen kulturell nach Vorhalten der kunst- und wissenschaftlichen Arbeiten auf Öffentlichkeit angewiesen ist. Ich verweise Sie in dieser Hinsicht auf die Habilitationsschrift von Habermas von 1962 „Die Entstehung von Öffentlichkeit“. Alles, auf das Sie sich hier berufen, Demokratie, Rechtsstaat, Aufklärung, basiert auf der Notwendigkeit, Öffentlichkeit zu erzielen.

Die Künste und Wissenschaften haben die Öffentlichkeit hervorgebracht als eine Voraussetzung für Demokratie, für Rechtsstaatlichkeit, für Sozialstaatlichkeit etc. Die Privatsammlungen sind – und das ist bereits unter vielen juristischen Distinktionen gesagt worden – verpflichtet, die Werke der Öffentlichkeit weiter zur Verfügung zu stellen. Es ist unmöglich, dass jemand, wie das jetzt in Japan ein paar Mal der Fall gewesen ist, Großleistungen der internationalen Kunstszene in einen Tresor verschließt und damit der Öffentlichkeit entzieht. Wer das mitmacht, sagt nur, dass er einerseits intellektuell nichts zu bieten hat, um an der Diskussion teilzunehmen, und zweitens, dass er gar nicht weiß, auf welcher Basis die gesamte Orientierung stattfindet. Diese Basis besteht im Folgenden, und da muss angesetzt werden: Wir müssen endlich das, was Europa wirklich geleistet hat, auch im Bewusstsein haben, dass nämlich seit 1400 zwischen Kultur und Kunst strikt unterschieden wird. Künstlerische und wissenschaftliche Arbeit ist Arbeit, die nur durch die Verantwortlichkeit der Individuen entsprechend dargestellt wird. Wir nennen das Autorität durch Autorschaft. Hinter uns steht nichts: keine Armee, keine Bank, kein Markt – gar nichts. Durch unsere Fähigkeit als Künstler und Wissenschaftler wird etwas als Aussage konzipiert. Damit sie attraktiv ist, müssen wir unsere Darstellungsmittel erweitern, was erst ab dem 14. Jahrhundert geschehen ist.

Kulturelle Arbeit ist das, was überall im Sinne der Verbindlichkeit von sozialen Gefügen entsteht. Kultur ist ein Beziehungsgeflecht zwischen Menschen zur Begründung und Garantie von Verbindlichkeiten. Wer also zu einer Kultur gehört, weiß in welcher Hinsicht das, was er tut, von allen anderen beurteilt werden wird, weil er voraussehen kann, wie man reagiert. Kulturelle Distinktionsleistungen insgesamt sind natürlich etwas ökonomisch Grundlegendes, wenn sie im Wesentlichen durch Künstler und Wissenschaftler erbracht werden, wie es seit 1400 der Fall ist. Denn die gesamte moderne Entwicklung verdankt sich der Kunst und Wissenschaft und nichts anderem, keiner politischen Entscheidung, keiner sozialen Revolution – nichts. Alles, was überhaupt passiert ist, verdankt sich dieser Bewegung. Darauf muss man sich heute, gerade im Hinblick auf Forderung von Innovation und Kreativität, einlassen, um es mit Sinn zu vertreten und nicht als Luftblase, wie das überall geschieht, ansehen.

Wir haben eine Verpflichtung auf die ökonomische Sinnhaftigkeit unseres Tuns, weil wir zum Beispiel mit Subsidien der Öffentlichkeit auf allen Ebenen arbeiten. Auch die Bank hat das Geld nicht selber verdient, sondern hat es als ersparte Steuer ausge-

geben. Das Ganze ist nichts anderes, als dass die fällige Steuer nicht von den politischen Instanzen vereinnahmt worden ist, sondern von dem Unternehmen selber. Was heißt da Leistung einer Bank? Was heißt da Kaufen von Kunst? – Die Öffentlichkeit hat es gekauft in der Gestalt von Steuern, die die Unternehmen gespart haben. Das ist alles. Es gibt keinen Kauf von irgendeiner Bank oder irgendeinem Unternehmen, außer dass der Kaufpreis steuerrelevant angegeben wurde. Wo ist denn da jetzt der Privatbesitz? Was soll das heißen?

Wenn Sie unter diesem Gesichtspunkt europäische Rechtspositionen befragen, fallen Sie auf den Bauch. Wir werden es durchsetzen, dass Ihnen von Brüssel aus gesagt wird, was für Unsinnigkeiten in der Argumentation gegenwärtig laufen. Das ist unter Brüsseler Gesichtspunkten völlig undenkbar, dass man diese Art von Subventionsentscheidung durchgehen lässt.

Machen Sie es sich klar: Es gibt keine WestLB oder ein anderes Unternehmen, das anders als durch die Steuern, die sie der Öffentlichkeit schuldig sind, gekauft haben. Das ist die Basis für die Entscheidung. Auf dieser Basis muss die Entscheidung auch fallen, gerade im Sinne der Verantwortlichkeit, der Öffentlichkeit für die Begründungsmöglichkeiten, die in dieser Vorlage liegen. Es liegt ja wohl auf der Hand, was das heißt. Gerade wer anschafft, macht die Musik. Also, Sie haben angeschafft. Es sind öffentliche Mittel, die die WestLB verbraucht hat. Deswegen ist es undenkbar, dass man hier mit irgendwelchen kulturellen Argumenten jenseits der Sachlage diskutiert.

Bleiben Sie bei der Ökonomie. Es gibt ökonomisch nichts Vernünftigeres als den Besitz von Kunst und Architektur als Mittel der Durchsetzung von Autorität durch Autorität. Es sind die Positionen, die einzelmenschlichen Individuen eingenommen haben und die anerkannt werden müssen, auch aus rein rechtlichen Begründungen, die die Basis für alle unsere Entscheidungen sind. Es ist ja sensationell, dass Sie heute das bisschen Getue von einem Mann vor einer Leinwand als öffentlich zu verhandelnden Sachverhalt darstellen. Wie kommt man dazu, dass private Getue von irgendjemandem auf der Leinwand als einen Fall öffentlicher Problematik und Diskussion zu sehen? Da steckt aber das Problem. Alles, was wir überhaupt an Innovation und Steigerung von Modernität im Sinne der Entwicklung sehen, ist von solchen Individuen geschaffen. Das ist die Grundlage. Diese Individuen heißen Künstler und Wissenschaftler, sie heißen nicht Politiker, Unternehmer, Rechtsanwälte oder Ärzte. In Art. 5 Satz 3 Grundgesetz heißt es ja: „Kunst und Wissenschaft sind frei“.

Was soll diese Bestimmung im Grundgesetz, wenn Sie gar nicht wissen, was Kunst und Wissenschaft sind. Es sind die Aussagentypen, die nur von Individuen vertreten werden und hinter denen gerade nicht die Macht des Marktes und die Autorität der Institutionen stehen.

Das Balanceverhältnis besteht auf der einen Seite zwischen dem, was die Individuen überhaupt noch zur Welt zu sagen haben, von dem sich aber der gesamte Fortschritt ernährt. Auf der anderen Seite steht die Liquidationsstrategie von Kollektiven, von Organisationen, von Verträgen. Die Künstler und Wissenschaftler sind nicht autorisiert als Abgeordnete, als Delegierte, als Promovierte etc., sondern kraft dessen, was sie zu sagen haben. Und das ist das, was uns trägt. Sie selbst sind auch Individuen

und wollen auch, dass man Ihnen jenseits Ihrer bloßen Funktion vertraut, indem was Sie sagen.

Hier steht es auf der Kippe der Begründbarkeit der Legitimität dessen, was das Land als politische Entscheidergruppierung überhaupt verantworten kann. Es ist unter keinem einzigen, auch nicht unter einem ökonomischen Gesichtspunkt verantwortbar, den Bestand der Sammlung zu veräußern.

Vorsitzender Karl Schultheis: Vielen Dank, Herr Brock, für Ihren pointierten Vortrag, insbesondere was den Duktus Ihrer ökonomischen Argumentation angeht. Ich fand das sehr interessant.

Wir kommen nun zu den Fragen der Abgeordneten. Herr Kollege Keymis beginnt.

Oliver Keymis (GRÜNE): Vielen Dank, meine Damen, meine Herren für Ihre engagierten Vorträge. Wir sind hier in einer besonderen Situation. In einer Reihe Ihrer Vorträge haben Sie gewisse Fragen angedeutet. Man merkt, dass Sie von der Politik auch gewisse Antworten erwarten. Wir sind heute allerdings hier nicht versammelt, um Ihnen die zum Teil insinuierten Fragen zu beantworten, sondern wir sind hier, um Sie zu befragen. Also werden wir jetzt hier nicht viele Antworten geben, sondern ein bisschen nachfragen.

Vorweg möchte ich sagen: Ich selber bin evangelisch, und wir müssen uns hier aber nicht alle katholisch reden. Hier sitzt die Kulturfraktion des Landes, das ist Ihnen bewusst, und das heißt, dass wir im Prinzip alle der Meinung sind, dass das, was im Moment bestimmte Leute mit den Dingen tun, die wir Kunst nennen, uns allen nicht passt. Es ist meines Erachtens wichtig, das noch einmal vorweg zu betonen. Wir sind daran interessiert, mit Ihnen gemeinsame Lösungen zu diskutieren, die zu dem führen, was Sie alle unisono eingefordert haben. Dafür sind wir dankbar. Ehrlich gesagt, überrascht es mich nicht bei der Zusammensetzung unseres Podiums der Angehörten, dass wir, um die Geschichte, die wir derzeit diskutieren und die unzweifelhaft für das Land Nordrhein-Westfalen schädlich ist, hier zu einer gemeinsamen und vernünftigen Lösungen kommen.

Das Zweite ist eine Bemerkung zu Japan. Wir haben gleich hier im Landtag von Nordrhein-Westfalen unseren Parlamentarischen Abend zu Japan. Wir werden über das Thema Kultur – Deutschland – Japan diskutieren. Noch viel schlimmer als der Fall, dass die Kunst in der Bank verschlossen wird, finde ich den Fall, dass sich ein sehr reicher Mann in Japan mit einem van Gogh beerdigen lässt. Vor dem Hintergrund müssen wir aufpassen, dass wir nicht in eine Situation geraten, in der wir das alles, was wir hier im Laufe der Jahrhunderte und Jahrtausende produziert und gesammelt haben, nach und nach herauschmeißen an die, denen wir sozusagen das Öl abgekauft haben. Das ist ein Problem. Ich denke, wir müssen die gesamte Debatte, wie wir mit diesem Abend umgehen – Sie haben ja eine Reihe von Hinweisen geliefert –, letztlich vor diesem Hintergrund führen.

Im Gegensatz zu Ihnen vermute ich nicht, dass wegen des Verkaufs der beiden Siebdrucke von Warhol irgendein Abendland untergeht. Man muss insgesamt sehr

differenzieren – was diese Diskussion betrifft – zwischen dem, was die WestSpiel gemacht hat, und dem, was die Portigon AG plant.

Einen Hinweis muss ich mir auch noch erlauben: Wir stehen politisch in einer etwas anderen Situation als Sie, obwohl wir das Gleiche wollen. Denn wir wissen inzwischen, dass das Aktienrecht ein sehr strenges ist und dass die Portigon AG im Gegensatz zur WestLB nicht mehr ein Unternehmen ist, das aktiv handeln kann in dem Sinne, wie es die WestLB konnte. Die Portigon AG ist ein Unternehmen, das nichts anderes tut, als verlustfrei abzuwickeln, und zwar nach Recht und Gesetz. Das ist eine sehr, sehr schwierige Lage, in die wir uns selber gebracht haben, weil wir jahrzehntelang alle miteinander die Zockerei zugelassen haben.

(Zuruf: Nicht alle)

– Fast alle miteinander. Sie haben nicht nach Zinsen gegiert, das ehrt Sie, aber die Mehrheit der Menschen hat nach Zinsen gegiert und nach mehr von dem, was sie haben. Und diese Gier hat zu dem geführt, wo wir heute stehen. Alle haben mitgezockt, und die WestLB hat sich verzockt. Deshalb steht Sie – Sie haben es selber gesagt – mit Milliarden in den Miesen. Jetzt stehen wir vor der Situation, dass Europa gesagt hat: Wickelt das ab. – Das ist im Moment technisch, rechtlich, politisch und vor allem juristisch unser Problem. Wir müssen jetzt zu all dem die Lösung suchen.

Für alle Hinweise, die Sie mit Blick auf die Unterscheidung gegeben haben, ästhetischer Wert, ökonomischer Wert, möchte ich Ihnen danken. Das ist unter uns Kulturleuten natürlich keine Frage. Wir wissen, dass Jean Monnet gesagt hat, wenn ich mit Europa noch einmal starten sollte, würde ich es mit der Kultur und nicht mit der Wirtschaft machen. – Wir müssen uns jetzt aber die Frage stellen: Wie kommen wir voran?

Ich unterbreite Ihnen jetzt meinen Vorschlag und möchte von Ihnen allen einzeln kurz und klar wissen, ob Sie der Meinung sind, dass dies ein Weg ist und ob Sie noch zusätzliche hilfreiche Hinweise haben, damit wir anhand dieses Vorschlags weiter arbeiten können. Eine Reihe der Kollegen empfindet das jetzt als Wiederholung, was ich hier tue, aber Sie müssen dafür jetzt Geduld und Verständnis haben. Ich habe am runden Tisch folgenden Vorschlag gemacht: Meiner Ansicht nach darf diese Kunst weder das Land verlassen noch darf sie verkauft werden. Ich habe zweitens gesagt, dass es sinnvoll wäre, ohne dass die Portigon AG etwas Neues gründen muss wie eine Stiftung oder Ähnliches, dass die Portigon AG mit der entsprechenden Rückendeckung derer, der sie gehört, eine Zustiftung zur Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen vornehmen soll. Sie soll das Konvolut nehmen, der Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen zustiften und sich dadurch des Vermögens entledigen.

Frau Knobloch, Sie haben recht, der Versicherungswert beträgt 28 Millionen €. Das ist keine Schätzzahl, sondern die Zahl, die der Finanzminister angibt, wenn er gefragt wird. Er hat diese Zahl öffentlich genannt und ist sogar noch weiter gegangen, was mich sehr gefreut hat, weil wir an der Stelle politisch „herumgewabert“ sind. Er hat gesagt, diese 28 Millionen € entsprechen dem Wert dieser Sammlung. Das macht natürlich Sinn. Er hat es dann auch begründet und gesagt, das sei deshalb so, weil man davon ausgehen könne, dass die Portigon AG ein seriös geführtes Unterneh-

men sei und dieses selbstverständlich weder über- noch unterversichere, sondern realistisch einschätzen lasse, was zu versichern sei und dieses dann auch entsprechend versichere.

Die wahren Worte unseres Finanzministers an dieser Stelle: Der Versicherungswert entspricht nach seiner Auffassung dem Marktwert. Wir reden daher über diese Summe an Wert. Ich habe dann weiter vorgeschlagen: Wenn dem so ist, könnte das Land beispielsweise in Form einer Bürgschaft in Höhe des hier in Rede stehenden Betrages – man könnte das Geld auch direkt ausgeben – diese Entnahme des Vermögenswertes Kunst bei der Portigon AG absichern. Damit wäre auf der Aktivseite der Vermögenswert mit 28 Millionen € eingesetzt.

Herr Dr. Franzmeyer, der Vorstand der Portigon AG, hatte ja die Befürchtung, eventuell noch ins Gefängnis zu müssen, als er am 5. Januar zur Rheinischen Post gesagt hat: Wehe ihr zwingt mich, etwas anderes unternehmen zu müssen. – Diese Befürchtung haben wir ihm, das habe ich ihm im persönlichen Gespräch bereits gesagt, nehmen können. Wir wollen ihn nicht ins Gefängnis bringen, sondern eine Lösung finden, mit der wir die Verantwortung für diese Situation wahrnehmen.

Ich komme jetzt zu dem dritten Punkt. Wir haben ja durch die Veräußerung der beiden Werke von Herrn Warhol einmalig Einnahmen erzielt. Herr Warhol war sicher einer der Kronzeugen – Herr Brock, das werden Sie sicher am besten von uns allen wissen, weil ich unterstelle, dass Sie ihn noch persönlich gekannt haben –, der für das Verkaufen ohnehin zu haben war. Der hätte vermutlich gesagt: So, what? – Macht ihr doch! – Das haben sie nun getan. Die WestSpiel GmbH & Co.KG hat aus den Spielerlösen in den 70er-Jahren diese Kunst erworben, und zwar nicht als Sammlung. Sie hat die Werke gekauft, um diese in der Spielbank auszuhängen und sich damit zu repräsentieren. Wenn ich aus Spielbankerlösen etwas kaufe und es später wieder verkaufe, erschließt sich mir eine gewisse Logik. Und angesichts des enormen Erlöses, den sie dort erzielt haben, ist das Leuchten in den Augen aller Finanzpolitiker nachvollziehbar. Wenn man für zwei Siebdrucke 108 Millionen € einkassieren kann, wird man ganz schwach, und das sind sie auch geworden.

Im Landeshaushalt für das Jahr 2015 sind 80,6 Millionen € für die Revitalisierung von Spielbanken von WestSpiel GmbH & Co.KG festgelegt. Jetzt kann man sich darüber streiten, ob das richtig und gut ist. Nach meiner Rechnung bleiben von dem Ertrag von 108 Millionen € nach Abzug der 80 Millionen € 28 Millionen € über. Das hat Michael Kohler vom Kölner Stadtanzeiger auch erkannt und geschrieben, dass es ja ein Zufall sei, dass es genau die Summe ist, die gut zu dem Vorschlag von Herrn Keymis passe, um das einmalig eingenommene Geld wieder für Kunst auszugeben. Dann hätte am Ende die Versteigerung der Warhol-Bilder noch etwas Gutes. Denn wir hätten dann noch Geld, um hier einen Schaden zu begrenzen, der hier möglicherweise entsteht.

Ich teile Ihre Einschätzung, dass die Rückmeldungen aus der Republik fatal sind. Es gibt welche, die politisch motiviert sind, wie unsere Bundeskunstinministerin – das unterstelle ich jetzt einmal –, die sich ja auch nur gegen ihren Finanzminister und gegen einen gewissen technokratischen Blick auf die Dinge zu wehren versucht. Meine Frage ist: Ist diese gesamte Konstruktion, die ich gerade ausführlich vorgestellt habe,

ein für Sie gangbarer Weg? Können Sie uns noch Anregungen geben, damit wir weiter kommen?

Ich möchte nämlich nicht, dass wir zwar ein Hearing und einen runden Tisch hatten, aber am Ende vor der Situation stehen, dass doch alles verkauft wird, weil niemand eine richtige Lösung gefunden hat. Ich möchte es klar und konkret, und das sage ich im Namen meiner grünen Fraktion, die es sich hierbei nicht immer einfach gemacht hat.

Ingola Schmitz (FDP): Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch ich möchte mich im Namen der FDP-Fraktion vielmals für Ihre intensiven und ausführlichen Stellungnahmen bedanken und auf das eingehen, was Kollege Keymis gesagt hat, dass wir alle hier gemeinsam zusammensitzen, um nach entsprechenden Lösungen zu suchen.

Ich habe auch gehört, dass sich alle Experten einig sind, dass das Vorpreschen unseres Finanzministers zunächst einmal dem Ansehen des Landes NRW sehr geschadet hat. Auch die Ministerin ist mehrere Wochen lang nicht eingeschritten. Das Kulturfördergesetz, das die Ministerin geschaffen hat, und das Sie, Frau van Duiven, und Sie, Herr Blum, hinterfragt haben, erscheint vor diesem Hintergrund eher als eine Farce.

Die FDP-Fraktion hat schon sehr früh, als der Verkauf der Warhol-Werke öffentlich wurde, einen Antrag gestellt und ein sogenanntes Kunstregister gefordert, das Sie, Frau Knobloch, ja auch angesprochen haben, damit Kunst in öffentlicher Hand auch öffentlich gemacht werden muss. Dazu würde mich die Meinung der hier anwesenden Experten interessieren. Wäre das auch in Ihrem Sinne?

Meine zweite Frage: Sofern es dennoch dazu kommen sollte, dass die Portigon AG diese Kunstsammlung veräußern sollte, sie diese aber nicht als Paket verkauft müsste, könnten dann Mäzene oder Stiftungen die Möglichkeiten bekommen, einzelne Werke zu erwerben, damit Kunst in NRW gehalten werden kann?

Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU): Auch von der CDU-Fraktion herzlichen Dank für diese Anhörung und für die Statements, die in unserem täglichen politischen Leben nicht so häufig sind. Sie enthielten gute Anregungen, die über unseren täglichen politischen Alltag hinausgehen.

In allen Stellungnahmen wurde deutlich angesprochen: Was ist Nordrhein-Westfalen? Wer sind wir, und was bedeutet das für unser Land, für den Umgang mit der Kunst, gerade mit der Kunst der Nachkriegszeit? – Ich finde es schon erschreckend, dass der Kunsthistorikerverband sein Schreiben an die Ministerpräsidentin richtet und diese das zuständigkeitshalber an den Finanzminister weiterleitet. Wer ist denn in diesem Land zuständig für Kunst und Kultur? Wer ist zuständig für die Fragen nach der Identität des Landes? – Das ist selbstverständlich die Ministerpräsidentin, das ist die Spitze dieses Landes. Denn es geht um etwas, was sich der reinen Finanzökonomie völlig entzieht. Über diese Äußerung war ich außerordentlich er-

schrocken. Das ist eine extreme Ökonomisierung, die wir hier feststellen müssen, die ich bisher nicht für möglich gehalten habe.

Ich komme nun zur Portigon-Frage. Herr Kollege Keymis, wir haben ja vorhin schon gesagt, dass wir uns weitgehend einig sind und auch keinen Urheberschaftsstreit darüber anstellen wollen, von wem welche Idee kommt. Aber so ganz neu ist die Idee vom runden Tisch, die vom Vertreter der Grünen geäußert wurde, ja auch nicht. Das möchte ich einmal so festhalten.

Der runde Tisch hat etwas gefordert, das ich gerne unterstreichen möchte. Eine Liste, die keine Liste ist, entzieht die Werke der öffentlichen Behandlung, einmal für die Künstler, die sie geschaffen haben und nicht mehr wissen, wo ihre Sachen sind, aber auch für die Kunstgeschichte, weil diese die Werke nicht behandeln kann, weil sie nicht weiß, wo sie etwas finden kann. Auch die Öffentlichkeit ist betrogen; denn die Öffentlichkeit besteht nicht nur darin, dass man die Werke öffentlich zeigt, sondern dass man sie in Verzeichnissen nachweisbar hat und weiß, wo sich welches Werk befindet. Das ist zurzeit nach wie vor nicht gegeben.

Ich möchte hier die Kollegen dringend bitten, auch das ist ein Ergebnis des runden Tisches, endlich eine belastbare Grundlage zu schaffen. Wir haben jetzt mit dem Vertraulichkeitsstempel diese ominöse WestLB-Liste aus dem Finanzministerium bekommen, die keine Aussagekraft hat. Wir brauchen eine Liste, mit der man arbeiten kann.

Wir sollten darauf drängen, dass wir zu einer Mittelhinterlegung im Landesetat kommen. Unsere Fraktion ist sich völlig darüber im Klaren, dass das so sein muss. Dass wir durch die Bereitstellung von Mitteln – Oliver Keymis hat vorhin schön erklärt, woher diese kommen –, eine ordnungsgemäße Übergabe dieser Sammlung ermöglichen, halte ich nach wie vor für das politische Ziel. Nachdem allerdings der allererste Versuch mit der Stradivari-Geige gestern so krachend gescheitert ist, habe ich nicht mehr so große Hoffnungen. Das war ein extremes Beispiel für Mangel an Flexibilität. Wie die Portigon AG in ihrer Presseerklärung mitteilt, habe man das Instrument dem Geiger für den im ursprünglichen Sponsoringvertrag genannten Preis angeboten. Das war schon ein Hammer.

Ich würde gerne die Frage über die Portigon hinaus etwas weiterziehen. Wir sollten die Diskussion um die Portigon-Sammlung kulturpolitisch nutzen, um die Frage zu stellen, wie wir überhaupt mit der Kunst im öffentlichen Besitz umgehen. Was ist überhaupt mit den Kunstwerken im öffentlichen Besitz? Es gibt eine Unmenge von Schulen aus den 70er-Jahren zu glücklichen Zeiten, als es noch so etwas wie Kunst am Bau gab, wo Kunstwerke sind, bei denen zwei, drei Direktorenwechsel mittlerweile stattgefunden haben und kein Mensch mehr weiß, was da steht, von wem es ist und um was es sich dabei handelt. Brauchen wir nicht generell eine Inventarisierung oder eine Verantwortlichkeit von Menschen für diesen öffentlichen Kunstbesitz, damit man weiß, was man da eigentlich hat? – Die Kirchen machen es uns vor; seit einigen Jahren gibt es da intensivere Inventarisierungsarbeiten, bei denen wirklich alles an Kunstwerken erfasst wird.

Frau van Duiven und Frau Knobloch, ich halte es für eine ganz wichtige Frage, wie wir es erreichen können, dass öffentliche Einrichtungen nach diesem Portigon-Streit nachher nicht sagen: Finger weg von der Kunst. Wir machen das gar nicht mehr, da man später damit nur Ärger hat. – Wir wollen als Kulturpolitiker, dass sich weiterhin öffentliche Einrichtungen für die bildenden Künste engagieren und Kunst kaufen. Ich bin auch der Meinung, dass bei einer Novelle des Kulturförderungsgesetzes der Paragraph zum Kunst am Bau so geändert werden muss, dass künftig 1 % der Bausumme für Kunst am Bau vom Bauherrn eingesetzt werden muss.

Vorsitzender Karl Schultheis: Wir brauchen jedoch keine frischen Lösungen, sondern haltbare Lösungen für das, was wir hier diskutieren.

Lukas Lamla (PIRATEN): Vielen Dank an die Expertinnen und Experten, die uns heute hier Rede und Antwort stehen, auch von meiner Fraktion. Wir haben vorhin häufiger das Wort „Dammbruch“ gehört. Wir stellen fest, dass eine Entwicklung losgetreten wurde, deren Ausgang großen Teilen der Bevölkerung, aber auch vielen Experten und Beteiligten nicht ganz klar ist.

Herr Prof. Blum sagte in seinem Statement, dass das Ansehen des Landes beschädigt sei. Ich meine, dass auch Herr Prof. Ronte dies in seiner Stellungnahme schrieb. Von Frau van Duiven haben wir gehört, dass auch das Vertrauen auf der Künstlerseite beschädigt ist. Helfen Sie mir bitte zu verstehen: Was bedeutet das für uns, wenn diese Entwicklung so weitergeht wie bisher? Was bedeutet das für NRW, aber auch für die Gesellschaft? In welche Gesellschaftsvision könnte sich das entwickeln? Skizzieren Sie doch bitte noch einmal das Bild, das uns droht, und welche Möglichkeiten wir haben, das Ganze zu stoppen. Nach den Warhols und der Diskussion mit WestLB und Portigon wird der WDR eventuell der nächste große Bereich sein, über den wir uns unterhalten werden müssen. Die Telekom verkauft auch schon, und wir hörten ebenfalls, dass die großen Auktionshäuser ganz gezielt die Kommunen, die Archive und Museen abtelefonieren und intensive Recherchearbeit leisten. Da scheint schon unglaublich viel Bewegung auf dem Markt zu sein.

Ich habe das Gefühl, dass wir uns als Landespolitiker ein wenig im Kreis drehen, runde Tische einsetzen und sobald Kritik an der Vorgehensweise und am Landesministerium und der Landesregierung aufkommt, wir diesen runden Tisch wie ein Schutzschild vor uns hertragen und sagen: Wir diskutieren am runden Tisch, und alles wird gut. Das ist es nicht. Wenn ich dann in der Stellungnahme von Frau van Duiven lese, dass zum runden Tisch die Vertreter des Bundes der Bildenden Künstlerinnen und Künstler nicht eingeladen, sondern sogar dankend ausgeladen wurden, dann bekräftigt mich das Ganze, dann ist das eine Alibi-Veranstaltung. Wir müssen uns bewusst werden, was hier auf dem Spiel steht. Das ist der eigentliche Skandal an der Sache. Wir beschäftigen uns mit uns selbst. Ich sehe keine Entwicklung. Wenn es nicht weitergeht, berufen wir uns eben auf das Aktienrecht und schauen, was die Finanzpolitiker dazu sagen.

Vorsitzender Karl Schultheis: Sollten während der Sitzung Aufnahmen gemacht werden, muss ich den Ausschuss fragen, ob er damit einverstanden ist. Wenn wir jedoch Live-Stream-Übertragungen machen, sollte das meines Erachtens kein Problem sein. Um der Geschäftsordnung gerecht zu werden, frage ich, ob es auf Widerspruch stößt, dass hier auch Filmaufnahmen durch den WDR gemacht werden. – Das ist nicht der Fall, damit ist das Problem gelöst.

Andreas Bialas (SPD): Ich möchte mich jetzt ungerne an einem allgemeinen politischen Rundumschlag beteiligen, was ja in der einen oder anderen Diskussion geklungen ist. Ich verstehe das, meine aber, dass uns das in der nüchternen Betrachtung und Diskussion nicht weiterbringt. Es ist von vielen gesagt worden, dass wir uns in NRW unserer Verantwortung bewusst werden müssen, weil wir im Blick der Bundesrepublik stehen. Nordrhein-Westfalen gilt nach wie vor als ein sehr lebendiges, interessantes und auch vielseitiges sowie reiches Kulturland. Natürlich orientiert man sich in den Regionen, denen es nicht so gut geht, an uns. Wir sind häufig die Planpause für das Negative, nicht immer im Positiven. Das muss uns klar sein.

Zunächst möchte ich mich für Ihre Ausführungen bedanken. Hinsichtlich meiner Fragen möchte ich an das anschließen, was mein Kollege Prof. Dr. Sternberg gesagt hat. Wenn wir ein derartiges Konstrukt wählen, dass wir im Grunde genommen aufgrund der öffentlichen Finanzlage von Kommune oder Land nicht mehr entsprechende Ankaufetats darstellen können, aus denen Kunst für das Land gekauft wird, sondern es anderen beispielsweise Unternehmen überlassen, haben wir dann irgendwann die Schwierigkeit, dass die Unternehmen nach eigenen rechtlichen Gesichtspunkten und nicht mehr im allgemeinen öffentlichen Interesse handeln müssen. Das ist alles in Ordnung, so lange es den Unternehmen gut geht. Die Schwierigkeit tritt dann auf, wenn es den Unternehmen nicht mehr gut geht. Da stellt sich die Frage, wie man hier zukünftig die Quadratur des Kreises auflösen kann. Denn selbstverständlich müssen wir an dem Ankauf durch diese Firmen interessiert sein. Nur irgendwann müssen wir einen Schutzmechanismus für den Fall haben, wenn es diesen Unternehmen schlecht geht. Hier ist die Situation jetzt so, dass die Portigon AG verkaufen muss. Ich bin dankbar für jedes Gutachten, das mir belegt, dass das nicht so sein muss. Bisher habe ich nichts anderes gehört, als dass die Portigon verkaufen muss. Die Frage ist, zu welchem Preis und an wen verkauft werden muss und ob wir in der Lage und willens sind, diese Werke als Land zu erwerben.

Herr Prof. Brock, ich sehe es genauso, dass es schizophren ist, überlegen zu müssen, wodurch die Ankäufe überhaupt zustande gekommen sind. Das sind ja nicht nur Steuerabschreibungen, sondern teilweise auch fehlende Gewinnabschöpfungen von vornherein durch das Land. Was hätten die, die die Kunst angekauft und Sammlungen aufgebaut haben, eigentlich mit dem Geld in den unterschiedlichen Unternehmen machen müssen? Das wird für uns eine ganz, ganz wichtige Frage sein. Rechtlich sehe ich derzeit wenig Land.

Wir müssen überlegen: Wenn wir die Sachen für NRW, für die Öffentlichkeit sichern wollen, wobei es sehr fraglich ist, ob die derzeitigen Werke bei den besitzenden Unternehmen überhaupt eine Öffentlichkeit dargestellt haben, müssen wir das entspre-

chend begründen. Es ist zwar jetzt nicht so schön zu sagen, dass wir es machen müssen, aber wir werden in diese Situation kommen. Da liegt der Vorschlag auf dem Tisch, und wir müssen ihn begründen. Dazu gehört auch, was als nationales, wertvolles Kulturgut deklariert wird. Natürlich muss auch exakt betrachtet werden, unter welchen Umständen, für welche Zwecke und welche Orte die Werke angeschafft wurden. Es wäre völliger Wahnsinn, ein Kunstwerk von dem Platz des Westfälischen Friedens zu entfernen. Auch in der aktuellen politischen Diskussion wäre das ein katastrophales Signal, da wir ja genau wissen, dass wir nach dem Westfälischen Frieden auch durch die unterschiedlichen Machtgruppierungen fast 150 Jahre durch das Austarieren der Kräfte Frieden gehabt haben. Das war nicht ganz unklug.

Wenn wir ankaufen müssen, müssen wir uns fragen, ob es die gesamte Sammlung sein muss. Wir haben hier gehört – Herr Prof. Brock, Sie haben es in Ihrer Stellungnahme geschrieben –, dass der Erwerb von Kunstwerken durch die Unternehmen eine Anmaßung der Urteilskompetenz ist. Exakt das fordern wir auch ein, dass wir endlich Urteilskompetenz darin bekommen, welche Werke tatsächlich vorhanden sind und welchen Wert sie haben. Das ist das Nächste, was dann zu beleuchten ist. Natürlich gilt es einen nationalen Wert, natürlich gilt es die Anschaffungsumstände, die Örtlichkeiten der Darbietung zu berücksichtigen. Natürlich ist auch zu berücksichtigen, welche Sammlungen die Museen in Nordrhein-Westfalen haben und welche Stücke in diese Sammlungen hineinpassen. Eine ganz wesentliche Sache ist aber, dass wir endlich Fachexpertise benötigen, damit wir wissen, worüber wir überhaupt sprechen. Denn das wissen wir im Detail definitiv nicht.

Dann haben wir irgendwelche Pseudosummen im Kopf, mit denen wir hantieren. Im Grunde wissen wir aber nicht, was es ist: Sind es Unikate, sind es hundertfache Drucke? – Wir wissen es nicht.

Wir benötigen eine Antwort, wie wir uns jetzt auf den Weg machen können: Begründet neu anzukaufen, ohne Verkäufe zu verhindern, werden wir nicht schaffen. Eine langfristige Aufstellung zu haben, wie wir mir Kunst im öffentlichen Bereich umgehen wollen, ist es eine spannende Sache. Wir reden ja nicht über Kunst im Landesbesitz. Da hat es bisher keine Verkäufe gegeben, auch keine Fantasien aufseiten der Landesregierung. Sondern wir reden über die Kunst in landeseigenen Unternehmen. Das gefällt mir an vielen Punkten nicht, aber es gibt dort andere Gesetzmäßigkeiten zu berücksichtigen.

Vorsitzender Karl Schultheis: Damit ist die erste Fragerunde beendet. Die gestellten Fragen haben sich im Prinzip an alle Expertinnen und Experten gerichtet.

Prof. Dr. Gerd Blum (Kunstakademie Münster): Noch ganz kurz ein Wort, das ich besonders an die sozialdemokratischen Abgeordneten im Hause richten möchte. Ich habe unter anderem an der Ruhr-Universität in Bochum studiert. Da war es der Sozialdemokratie gelungen, auch Angehörige nicht finanzstarker und bildungsbürgerlicher Schichten in einem anspruchsvollen Sinn zu bilden. Eine der wichtigsten Aktionen an der Ruhr-Universität, liebevoll RUB genannt, war der Aufbau einer Kunstsammlung, die sich inzwischen eines internationalen Rufs erfreut. Das hat ja die da-

malige Sozialdemokratie nicht aus Spaß an der Freude gemacht, sondern aus zwei Gründen, und zwar, dass sie in der Bildung der breiten Bevölkerung wirklich einen Wert sah und dass sie die wirtschaftliche Entwicklung des Landes fördern wollte, vor allem durch kulturelles Prestige, aber auch durch kulturelle Strahlkraft. Wir können wirtschaftlich ja nur erfolgreich sein, wenn wir gute Lehrerinnen und Lehrer haben. Wenn wir zum Beispiel an der Kunstakademie oder an der Ruhr-Universität unsere Lehramtsstudierenden ausbilden, dann kann ich ihnen Weltklasse-Kunstwerke zeigen, und sie wissen nachher, worum es bei den Skulpturen des 20. Jahrhunderts geht. Wenn aber da nur irgendwelche Bronzebrunnen mit irgendwelchen Narrenfiguren oder Bergarbeiter, die auf einen Kohleflöz hauen, herumstehen, dann kann ich die Studierenden nicht vernünftig ausbilden.

Ich bin mir ganz sicher, dass der Kulturbereich für das Land wirtschaftlich sehr viel bringt. Die Kunstakademie Düsseldorf, die sicherlich auch sehr viel Geld kostet, wird meines Erachtens mehr Geld bringen als sie kostet, und zwar durch die Galerien, Rahmenmacher, Besucher von Tagungen und Touristen. Das bringt sehr viel Cash, und es entwickeln sich auch sehr gute Kunstlehrer, die von der Akademie kommen.

Zum Themenkomplex der Stradivari möchte ich noch etwas sagen: Ich finde es falsch, dass die Stradivari an den Geiger verkauft werden soll. Die Stradivari soll meiner Meinung nach an überhaupt keine Privatperson verkauft werden, auch wenn es der beste Geiger aller Zeiten ist. Diese Geige sollte für uns im Land Nordrhein-Westfalen als weltweit führendes Kulturland für die nächsten Jahrhunderte behalten und solchen Geigern wie Herrn Zimmermann ausgeliehen werden. Dann geht jemand in die Carnegie Hall und kann im Programm lesen: Auf der Geige Lady In-chiquin vom Land Nordrhein-Westfalen. – Aber wir wissen doch gar nicht, was mit dieser Geige passiert, wenn Herr Zimmermann irgendwann nicht mehr Geige spielen kann, wenn er 98 Jahre alt und vielleicht dement geworden ist? Wir dürfen nicht kurzfristig denken. Meiner Meinung nach, Herr Keymis, haben Sie völlig recht, sie muss im Besitz der öffentlichen Hand bleiben. Wenn ein Mäzen sagt, Frau Schmitz, ich möchte euch da unterstützen, kann das gerne so sein. Es muss aber darauf geachtet werden, dass es später nicht in eine private Stiftung, in Unternehmensbesitz kommt oder Ähnliches. Die wichtigen Werke – damit meine ich alles außer Druckgrafiken in 120er Auflage, die kann man ja auch sammeln, weil die kein Geld bringen – sollten uns erhalten bleiben. Daher wird da sicherlich eine gute Lösung zu finden sein.

Eins muss man jedoch, Herr Keymis, bedenken: Wenn die Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen diese Werke erhält, muss man natürlich Lösungen finden, dass sie nicht nach Düsseldorf kommen, so schön es hier ist, sondern auch in den unterschiedlichen Landesteilen verbleiben, in denen sie traditionell sind.

Vorsitzender Karl Schultheis: In der Tat, es gibt viele schöne Städte, zum Beispiel Aachen.

(Prof. Dr. Barbara Welzel: Auch östlich von Düsseldorf!)

– Ja, auch östlich von Düsseldorf bis nach Bielefeld und Herford. Nordrhein-Westfalen ist ein großes Land.

Prof. Dr. Dieter Ronte (Bonn): Sie sind sich als Politiker hier einig, dass dieses Vorschlagsmodell genommen wird, um zu verhindern, dass die Werke verkauft werden. Ob eine Bürgschaft oder der Erlös aus dem Verkauf der Warhol-Bilder der geeignete Weg ist oder ob die Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen als Museum der neutrale Ort ist, um die Sammlung später in die Öffentlichkeit zu bringen, weiß ich nicht. Es gibt eine Kulturstiftung des Landes, der kann man einen Beirat beiseite stellen. Es gibt eine Stiftung von Kunst und Kultur, es gibt ein Archiv in Brauweiler, die es gewohnt sind, mit solchen Verteilungen umzugehen. Es ist völlig klar, dass diese Sachen nicht an Mäzene gehen sollen, denn das ist nur wieder die Überführung in den Privatbesitz. Wenn ich Milliardär wäre, würde ich mir nie ein Bild kaufen mit der Auflage, es an ein Museum geben zu müssen. Es ist interessant, dass selbst die Privatsammler, die Sammlungen in Museen gegeben haben, wie Grothe zum Beispiel, für einen Bruchteil des Versicherungswertes Sammlungen verkauft haben, damit sie zusammenbleiben und der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen. Das ist das, was hier im Augenblick nicht passiert. Deswegen ist ein Kunstregister sinnvoll, damit man wirklich weiß, was man alles hat.

Die Frage nach der Identität in Nordrhein-Westfalen ist natürlich gegeben, und sie ist wichtig. Ich erinnere daran, dass die WestLB sich als die Bank der Sparkassen genannt hat. Das heißt, es sind auch alle Kommunen an diesem Verfahren indirekt beteiligt. Deswegen ist es richtig, dass es wieder aufgeteilt wird. Es kann nicht sein, dass der Giovanni di Paolo nicht in Münster bleibt, es kann nicht sein, dass die Bank von Chillida beispielsweise hier mitten im Raum aufgestellt wird. Die Folgen dieser Entscheidung sind bisher schon so gravierend, weil sich sämtliche Kämmerer sagen: Wenn das Land das macht, dann machen wir es auch. – Der Kämmerer würde nie sagen: Mir fehlen 500.000 €, ich verkaufe ein Kunstwerk. Das wäre aber nach meiner Ansicht die gleiche Logik.

Da wir ja schon diese Versuche hatten, beispielsweise in Hagen und Bonn, die immer zum Schaden des Museums und seines Ansehens gewesen waren, sollte man möglichst davon absehen, es hier durchzuführen. Man muss wahrscheinlich doch, wenn man von Kunst im öffentlichen Raum spricht, irgendwann mit Berlin eine Regelung finden, um für den Fall des Bankrotts dieser Firmen, die Möglichkeit zu haben, gemeinsam mit dem Aufsichtsrat die Kunstwerke aus der Masse herauszunehmen.

Sie erinnern sich auch, dass Herr Poullain mit der WestLB angefangen hat, sich kulturell zu engagieren, als die Länder weniger Gelder gaben. Das war sozusagen nur ein Ersatz. Es war für alle Beteiligten immer völlig klar, dass diese Sachen in den Museen bleiben. Der Kunstverein – ich bin langjähriges Mitglied des Westfälischen Kunstvereins – hätte nie daran gedacht, den Giovanni di Paolo an die WestLB zu verkaufen mit der Aussicht, dass er irgendwann in den Privatbesitz nach Amerika geht oder zu den anderen Giovanni di Paolos nach Chicago. Dort befindet sich ja die andere Hälfte dieser Serie. Man muss unbedingt versuchen, keinen beispielhaften Schritt zu setzen, weil er eine katastrophale Wirkung in der Öffentlichkeit hat.

Ich weiß nicht, warum man immer sagen muss, dass Kämmerer und Finanzminister kein kulturelles Interesse haben, das haben sie auch. Sie müssten lernen, dass nicht nur das fachbezogene Denken im kulturellen Bereich das Richtige ist.

Die Arbeiten gehören selbstverständlich nach meiner Ansicht bis zum letzten Blatt auf die Museen in NRW aufgeteilt. Das Macke-Bild mit dem Garten aus Bonn gehört nach Bonn. Die Giovanni di Paolos müssten in Münster bleiben. Und so wird man zu einer Lösung kommen, die für alle richtig ist. Die ästhetische Rendite bei der WestLB haben die Bilder längst abgeliefert. Denn das ist das, was sie an Repräsentationsansetzen vermittelt haben.

Wenn die Bilder das Land verlassen, Herr Brock hat es gesagt, egal welche bedeutenden ökonomischen Werte unabhängig vom Verkauf dahinter stehen, dann wird es wirklich so sein, dass die weichen Standortfaktoren geschwächt werden. Kommunen ohne weiche Standortfaktoren kommen wirtschaftlich, wie wir alle wissen, gerade in Nordrhein-Westfalen – ich erinnere an eine berühmte Computerfirma in Paderborn – in eine wirtschaftliche Abhängigkeit, in eine ganz schlechte ökonomische Lage und müssen sehr viel Geld ausgeben, um das kulturell wieder aufzuholen. NRW war eigentlich bisher beispielhaft darin, mit diesen Dingen sinnvoll, pfleglich und kulturell verantwortlich umzugehen.

Prof. Dr. Barbara Welzel (Verband Deutscher Kunsthistoriker e.V.): Ich würde doch bei aller Einigkeit auch gerne auf die heterogenen Äußerungen ein Stück weit eingehen. Sie haben gefragt: Was ist die Zukunftsperspektive eines Landes, das die Sachen herausgibt – Syrien im Frieden, Aleppo im Frieden. Das ist der Verlust der Tradition. Und es ist eine Situation, in der es sich ein Land nach 50 Jahren Frieden leistet, was normalerweise nur in Kriegszeiten passiert. Man muss das mit dieser wirklich großen Dramatik einmal sagen.

Das, was Bazon Brock hier an Aufklärungspathos aufgerufen hat – was sind die Grundlagen von Moderne, was sind die Grundlagen von Demokratie –, würde für mich auch in dieser Runde in eine ganz dringende Bitte münden, und zwar aus diesem Fall keine Parteipolitik zu machen. Es ist eine ganz dringende Bitte an alle Fraktionen, dass Sie sich bei diesem Fall bitte des Wettbewerbs, wer schon vor fünf Jahren etwas gesagt, wer schon gegen dieses Gesetz und wer schon an jener Stelle etwas getan hat, bitte enthalten. Wir müssen hier ein Zeichen setzen, und zwar genau in dem Pathos, wie es Bazon Brock gesagt hat, dass uns das gemeinsam angeht und wir an diesem Wettbewerb nicht teilnehmen. Es wäre also die Bitte, dass Sie sich auf diesen Vorschlag einlassen, das können Sie natürlich noch diskutieren.

An Ihrem Vorschlag, Herrn Keymis, den Sie hier vorgetragen haben, fand ich bestechend, dass Sie gesagt haben: Wir haben einen Versicherungswert, von dem der Finanzminister sagt, es ist der Marktwert. Es laufen hier die Kameras. Wir alle wissen, dass Museen Versicherungswerte anders festsetzen.

Das heißt, dass dies ganz offensichtlich eine Ermöglichungskonstruktion ist und eine Konstruktion, die Handlungsfähigkeit herstellen soll, die – wenn ich Sie recht verstehe – aber nur funktioniert, wenn wir für diesen Bestand nicht aufdröseln, welchen Wert jedes einzelne Objekt, das auf der Liste steht, hat. Hier ist ein Paket mit einem Gesamtpreis geschnürt worden. Und für die Art der Zustiftungsmöglichkeit zu was auch immer – das halte ich noch für einen Diskussionspunkt, wozu man stiftet – gibt

es nachher die beste Lösung, die einem eingefallen ist. Bei diesen grundsätzlichen Dingen ist es aber im Bereich hinter dem Komma.

Offensichtlich ist hier ein Paket geschnürt worden, dessen Preis sich nicht erniedrigt, wenn man es aufschnürt. Es steht die Gegenfinanzierung für dieses Paket im Raum als eine Summe, die schon gekennzeichnet ist, um sie für Kultur auszugeben. Das ist das, was Ingenieure eine elegante Lösung nennen würden. Wenn ich das richtig verstanden habe, ist das eine Lösung, an der sich alle, die sich damit befassen, darum bitten würden, dass sie die ex-ent von allen weiteren parteipolitischen Interessen bite durchsetzen.

Daneben stehen all die anderen Fragen. Das ist ein Fall, und er hat so, wie er diskutiert worden ist, auch schon einen anderen Damm gebrochen und den Scheinwerfer auf weitere Probleme gerichtet. Die müssen wir als Öffentlichkeit, als Landtag und als Land diskutieren und sollten das in aller Zugespitztheit tun, weil es ja nicht nur so ist, dass die Kämmerer eventuell verkaufen wollen. Es gibt vielmehr ja auch eine Nachfrage, die sich darin zeigt, dass bereits die Auktionshäuser bei den Kämmerern nachfragen. Es ist in den letzten Monaten sehr viel passiert. Wir müssen das diskutieren, aber es scheint mir so, dass man hier etwas ausgrenzen und für sich lösen soll, aber gleichzeitig die Lösung dieses Paketes nicht benutzen darf, um das andere weiterlaufen zu lassen.

Vorsitzender Karl Schultheis: Vielen Dank, Frau Prof. Dr. Welzel für Ihren Vortrag und für Ihren Appell an die Fraktionen. Ich denke, das war ein sehr sinnvoller Aufruf.

Friederike van Duiven (Bundesverband Bildender Künstler/innen in NRW e.V.):

Ich möchte meine Antworten teilen, und zwar einmal in Bezug auf den Sachverhalt, was die Portigon angeht, und zum anderen auf die damit zusammenhängenden Fragen des Kunstbesitzes des Landes.

Was den Kunstbesitz der Portigon angeht, möchte ich mich im Prinzip meiner Vorrednerin anschließen. Soweit ich das absehen kann – ich bin aber keine Anwältin oder Juristin –, hört sich das sehr vernünftig an. Im Nachhinein müsste man noch fragen: Wo sind denn die anderen Kunstwerke geblieben, die in der Zwischenzeit eventuell abhandengekommen sind? – Diese Frage stellt sich mir zumindest.

Es darf auf keinen Fall geschehen, dass man die Mittel des Kulturetats dafür verwendet, diese Dinge ein zweites Mal anzukaufen. Ich weiß ja nicht, wer auf solche Ideen kommen mag, auch wenn es völlig undenkbar ist, sage ich es lieber.

Ich möchte noch einmal auf den runden Tisch zu sprechen kommen. Es ist richtig, dass sowohl wir wie auch der Deutsche Künstlerbund sofort angeboten haben, bei diesem runden Tisch mitzuwirken. Uns ist schriftlich von der Ministerin mitgeteilt worden, dass zunächst die aktuell Betroffenen gehört werden sollen. Wenn es um diese Lösungen geht, die Herr Keymis angesprochen hat, bin ich dafür, dass das alles so bleibt und in einer guten Art und Weise weitergeführt wird. Aber – jetzt komme ich zum Kunstbesitz des Landes über die Portigon hinaus – wir halten es für absolut wichtig, dass das Land in der Art und Weise, wie es mit seinem Kunstbesitz – mit

dem Besitz, den es jetzt schon hat, und mit dem, wie diese Sammlungen fortgeführt werden sollten – umgeht, unbedingt mit uns zusammenarbeiten sollte. Davon möchte ich in keiner Weise abrücken.

In diesem Sinne sind wir auch alle nicht katholisch, Herr Keymis. Darauf möchte ich noch eingehen, weil ich gehört habe, dass unser lieber Herr Landmann mehr oder weniger als letzte Amtshandlung den eh schon total geringen Etat für Kunst am Bau jetzt noch in großen Teilen für den Teil, der an Minderausgaben zu leisten ist, zur Verfügung gestellt hat. Das ist eine Sache, die überhaupt nicht geht. Das ist jetzt ein kleines Detail, zeigt es doch, wie mit diesen Aufgaben umgegangen wird.

Sie sprachen das Kunstregister an. Ja, es ist sinnvoll. Ich springe nun zu den Ausführungen von Herrn Keymis, der sagte: Kunst im Landesbesitz ist bisher nicht verkauft worden. – Das stimmt nicht. Es sind Bauten im Land verkauft worden, die auch Kunst am Bau enthalten. Daher ist bisher oft unwissend Kunst mitverkauft worden. Auch deshalb sollte dieses Kunstregister eingeführt werden. Man kann dem entgegen, indem man diese Dinge unter Denkmalschutz stellt oder indem sie registriert werden. Denn natürlich ist nicht alles direkt und eng mit dem Bau verbunden. Das sind alles wichtige Fragen. Diese Fragestellungen erlebe ich Tag für Tag.

Dann sprachen Sie die Ökonomisierung an. Für diese Antwort ist das Finanzministerium zuständig. Genau das ist das große Problem, denn diese Haltung wird im Moment gesellschaftsfähig. Da müssen wir uns tatsächlich alle gemeinsam dafür einsetzen, dass das nicht weitergeführt wird, bis hin zu der Verhandlung mit TTIP und was damit zusammenhängt. Ich will jetzt dieses Fass nicht aufmachen, aber auch das betrifft diesen Dammbbruch, zu dem wir noch einmal Stellung beziehen sollten.

Herr Bialas sagte, NRW sei ein sehr lebendiges Kulturland. In kaum einem anderen Land gibt es so viele Künstlerinnen und Künstler, die dort leben und arbeiten. Es ist aber nicht damit getan, diese Kunst und Künstler zu fördern, sondern das Land ist auch aufgerufen, sich nach wie vor zu dieser Kunst zu bekennen. Der Ankauf und die Beauftragung von Kunst ist die beste Art und Weise von kultureller Bildung. Denn dann setzt sich die Öffentlichkeit damit in einer ganz anderen Art und Weise auseinander. Es steht eine ganz andere Autorität dahinter, wenn das Land sich zum Kunstankauf bekennt, als wenn das Land Künstler beauftragt, in Schulen zu gehen. Das kann man überhaupt nicht vergleichen.

Andrea Knobloch (Deutscher Künstlerbund e.V.): Ich knüpfe an die Aussagen von Frau Prof. Dr. Welzel an. Ich finde, Sie hat etwas sehr Weises gesagt, dem ich mich aus vollem Herzen anschließen kann. Deswegen werde ich diesen Portigon-Fall soweit wie möglich ausklammern.

Ich möchte ergänzen, dass Frau Ministerpräsidentin Kraft auf unseren offenen Brief, also den der Deutsche Künstlerbund an sie gerichtet hatte, überhaupt nicht geantwortet hat. Das mag verdeutlichen, wie es um das Ansehen der Künstlerinnen und Künstler, der Urheberinnen und Urheber der Werke im Land bestellt ist.

Insofern kann ich an die Aussagen von Frau van Duiven anknüpfen, dass dies für den Standort NRW als Kulturland, wenn es denn ein solches bleiben will, ausgespro-

chen wichtig ist. Wenn Künstlerinnen und Künstler darauf reduziert werden, an irgendwelchen Programmen teilnehmen zu dürfen, bei denen Investitionen in solche Programme oder in die Arbeit von Künstlerinnen und Künstlern als Subventionen verhandelt wird, dann werden wir einen Auszug Richtung Berlin, Brüssel oder Paris oder dergleichen zu erwarten haben.

Ich versuche ganz schnell auf die einzelnen Fragestellungen einzugehen. Herr Keymis, mir scheint Ihr Vorschlag wunderbar zu sein, ich kann das aber tatsächlich nicht beurteilen, weil ich kein Wirtschaftsrechtsexperte bin. Deswegen möchte ich nur darauf hinweisen, dass aus meiner Sicht alles besser ist als der Vorschlag, diese Kunst stückchenweise an Mäzene zu verkaufen. Da kommt die Frage nach der Privatisierung des öffentlichen Besitzes noch einmal ins Spiel. Das wäre wichtig.

Frau Schmitz hat das Kunstregister angesprochen. Ich denke, es ist ausgesprochen sinnvoll, weil es auch Fälle gibt, wie die Sammlung Kunst aus NRW, wo schon seit Längerem gefordert war, die Bestände zu digitalisieren, gerade weil es dort auch Leihverkehr gibt, und im Leihverkehr leicht auch etwas abhanden kommen kann. Das ist hoch notwendig, aber schon länger in der Diskussion. Ich hoffe, dass dieser Fall, mit dem wir uns jetzt konkret beschäftigen, auch Anlass ist, darüber ausgiebig nachzudenken. Öffentlicher Kunstbesitz heißt ja auch, Sorge tragen. Kuratieren heißt ja nichts anderes als sich sorgen um das, was einem anvertraut ist. Zu dieser Sorge gehören natürlich auch die Pflege und die wissenschaftliche Aufarbeitung der Bestände. Einige der Sammlungen – und ich spreche da explizit die Sammlung des Westdeutschen Rundfunks an – sind durchaus als Sammlungskörper sehr interessant und spannend, weil sie bestimmte Bereiche und bestimmte Sammlungspolitiken recht gut abbilden. Diese sollten auf keinen Fall zerteilt, zerschlagen, privatisiert werden, sondern den Universitäten, die wir hier im Lande haben – die Ruhr-Universität ist bereits angesprochen worden, in Aachen gibt es auch Kunsthistorikerinnen und -historiker, die sich damit beschäftigen können – als Forschungsgegenstand zur Verfügung gestellt werden. Dazu gehört natürlich, dass sie erhalten bleiben und als Bestand zur Verfügung stehen, indem man genau weiß, um was es sich dabei handelt.

Die Geheimniskrämerei und die Intransparenz, die diese ganzen Geschehnisse begleiten, sind alles andere als Vertrauensbildung sowohl in der Außenwirkung als auch nach Innen. Deswegen möchte ich noch einmal betonen: Es wäre sehr, sehr hilfreich, wenn wir hier eingedenk dessen, was Sie gesagt haben, in den Bereichen, um die es hier ebenso geht, was die Kommunen und die anderen Sammlungsbestände anbelangt, tatsächlich dazu kämen, das in der Öffentlichkeit zu diskutieren. Was ist sinnvollerweise zu tun? Wie können diese Bestände für das Land gesichert werden? Frau van Duiven hat es schon gesagt: Wie können diese Bestände auch in die Öffentlichkeit hineinwirken, weiterentwickelt und in einen Zustand gebracht werden, damit sie all dies auch ausstrahlen und umsetzen können? Herr Prof. Blum hatte vorgeschlagen, dass die Originale in die Öffentlichkeit gebracht werden sollten.

Herr Prof. Dr. Sternberg sprach vorhin die Zuständigkeit für Kultur an. Soweit ich es verfolgt habe, gibt es im Kulturfördergesetz NRW in diese Richtung vielversprechende Ansätze. Denn letztendlich ist es doch so: Der Umgang mit der Kunst im Land betrifft ganz viele unterschiedliche Ressorts. Wir haben jetzt gehört, es beträfe das Fi-

finanzministerium, aber nicht nur das: Es betrifft das Gebäudemanagement, das Bauen, es betrifft durchgehend viele Bereiche in der Landesregierung. Wenn man aber im Einzelnen dorthin schaut, wird man feststellen, dass im Finanzministerium keine Kompetenz in diesem Sinne angesiedelt ist. Es ist manchmal völlig unmöglich, weil die Tragweiten einzelner Entscheidungen in diese Richtung nicht bewertet werden. Es ist niemand da, der sich darum kümmert und das tatsächlich in die Hand nimmt und der die Tragweiten solcher Entscheidungen wie diesen Portigon-Verkauf aus künstlerischer Sicht, also aus einer Fachkompetenz heraus beurteilen kann. Deswegen wäre es meines Erachtens eine Anregung darüber nachzudenken, wie man so einen Sachverstand tatsächlich auch als Ansprechpartner in der Verwaltung anders implementieren kann als es bisher der Fall ist.

(Prof. Dr. Bazon Brock: Interesse würde schon reichen! – Prof. Dr. Barbara Welzel: Nein, Sachverstand ist schon gut! – Zuruf: Interesse ist die Voraussetzung dafür! Wenn man mindestens einmal im Jahr ins Museum ginge, wäre das schon sehr viel besser. Aber das tun sie eben nicht!)

Wir sehen ja an dem Fall der Portigon-Sammlung, dass zu dem Zeitpunkt, als es noch möglich gewesen wäre, unkompliziert zu einer Stiftungslösung zu kommen, es in diesem Umfeld keine Sensoren gab, die überhaupt Gefahr gewittert und angezeigt hätten, dass jetzt dringend etwas zu tun sei.

Herr Lamla sprach auch von dem Ansehen und stellte die Frage, wie man es verbessern könnte. Ich denke, man sollte über die Parteipolitik hinaus Einigkeit zeigen und ganz explizit in der Öffentlichkeit darstellen, dass es hier darum geht, sich diese Frage zu eigen zu machen und sich dafür einzusetzen, zu einer sinnvollen Lösung zu kommen.

Wir haben in der Presse viel über diesen Fall gelesen. Es hat ganz lange gedauert, bis Signale kamen, dass vonseiten der Landesregierung und der Politik tatsächlich der Wunsch und Wille besteht, diese Sammlung zu erhalten. Vorher wurde immer begründet, warum sie denn verkauft werden müsste. Da wäre es in aller Stringenz und aller Konsequenz wichtig, dafür zu sorgen und einzustehen, dass diese Kunstwerke hier bleiben können und eine Lösung gefunden wird, bei der der Steuerzahler das, was ihm längst gehört, nicht noch einmal bezahlen muss. Das ist ein Rechtszustand, der mir nicht klar ist, vor allem wenn ich lese, dass die Gesellschafter der Portigon zu 49 % das Land und zu weiteren Prozentzahlen die NRW.BANK ist, die Portigon also eigentlich hundertprozentig dem Land NRW gehört. Dafür benötigt man einen justiziablen Verstand, um diese kleinen Unterschiede zu verstehen, die jetzt dazu führen sollen, dass aus dem Haushalt des Landes noch einmal 28 Millionen € investiert werden müssen, um diese Kunst, die dem Land längst gehört, noch einmal zu kaufen.

Ich komme zum Schluss. Genug der Appelle! Ich hoffe, dass Sie tatsächlich über die Verbandsvertreter hinaus auch mit den Künstlerinnen und Künstlern, die in der Sammlung vertreten sind, weiterhin das Gespräch suchen. Ich denke, es ist wichtig, dass die Perspektive der Urheberinnen und Urheber in diesen ganzen Verhandlungen und Auseinandersetzungen, die jetzt noch kommen werden und sich bereits an-

kündigen, zum Beispiel was die kommunalen Haushalte anbelangt, berücksichtigt wird. Denn wir haben auch einen Verstand und ein Herz für die Kunst. Es ist uns tatsächlich ein Anliegen, dass dieses Land auch Kunststandort bleibt und in der Welt weiterhin anerkannt und wertgeschätzt wird, wie es bislang der Fall war.

Vorsitzender Karl Schultheis: Nur zur Information: Die Portigon AG gehört nicht zu 100 % dem Land, da sowohl der Bund als auch noch weitere Gesellschafter an ihr beteiligt sind. Es ist eine etwas buntere Landschaft, aber das ändert auch nichts am Sachverhalt insgesamt.

Die Registrierung der Kunst aus NRW ist zwar nicht digitalisiert, aber nach schlechten Erfahrungen in den 80er-Jahren ist alles registriert. Und die Ausleihe funktioniert so, dass jeweils – ich weiß das auch als jemand, der ausleiht – die Hängung und Ausstellung der Kunstwerke kontrolliert wird. Da sind wir in einem wesentlich besseren Zustand als wir es einmal gewesen sind. Diese Information wollte ich weitergeben.

Prof. Dr. Bazon Brock, Wuppertal: Ich vertrete strikt die Forderung nach ökonomischem Verstand und Begründung für das Handeln, wie das rechtlich sein muss. Es stellt sich heraus, dass alles das, was hier als ökonomischer Grund angegeben worden ist, Führerpersönlichkeiten und Entscheider hervorgebracht hat, die Kapitulation darstellt. Das, was als ökonomischer Sachverstand angeboten wurde, ist nichts anderes als Kaschierung von kapitalistischem Ausbeutespielen. Es ist schön, dass NRW jetzt die WestSpiel-Kapitalisten-Republik genannt wird. Es heißt jetzt überall: Nordrhein-Westspiel. Ein schöner Name für ökonomischen statt kapitalistischem Irrsinn; denn der Kapitalismus ist ja gerade die Form, in der nicht die Ökonomie sondern die Ideologie das Sagen hat. Kapitalismus als Religionersatz ist das, was zählt, aber nicht der ökonomische Sachverstand. Somit ist WestSpiel als erklärender Name für das ganze Spiel geworden.

Man muss sagen: Hören Sie auf, herumzuspielen! Ökonomie ist kein Spiel, Recht ist kein Spiel. Da geht es um die Konstruktion von Wirklichkeit. Und wirklich ist nur das, gegen das wir mit unserem Gutwillen nicht ankommen. Wenn wir das nicht anerkennen, dann sind wir eben Spielfaxe auf dem Niveau von Fünfjährigen.

Schauen Sie sich die Leute doch an: Telekom – Sommer, Herr Esser. Die ganze Elite der sogenannten Großsachverständigen, der großen Wirtschaftsunternehmen. Es sind alles Pleitiers. Die Banker. – Was haben die mit ihrem Sachverstand angerichtet? Wo ist der Sachverstand im ganzen Bankenspektakel gewesen? Wo ist heute der Sachverstand in wirtschaftspolitischer Hinsicht? – Da ist überhaupt nichts von Sachverstand zu finden. Da geht es um Mitgliedschaften im Golfclub, oder es wird für ein Quartett die zweite Violine gesucht. Das war der Grund, warum jemand eine höhere Position bekommt. So läuft das überall, von ökonomischem Sachverstand gibt es keine Spur!

Ihre Aufgabe ist gerade im Sinne des Amtseids, den die Minister leisten, dafür zu sorgen, dass sich ökonomischer Sachverstand durchsetzen kann. Es ist völlig jenseits jedes ökonomischen Sachverständs, so vorzugehen, wie uns das hier auf

Sachzwanglogiken des Verwaltens von Pleiten weisgemacht wurde. Die Leute, die die Pleite herbeigeführt haben, werden entlassen, indem man ganz ordnungsgemäß ihre Pleite verarbeitet. Das ist doch grotesker Unsinn. Im Hinblick auf die Ökonomie kann das jeder belegen.

Ich bin auch für das Beispiel von Herrn Keymis. Das ist das am schnellsten Durchsetzbare und das am vernünftigsten Begründbare. Das muss man dann als Ausnahmefall darstellen, das ist ganz klar und darf keine Regel sein. Es ist eine Ausnahme dieser Situation, um nun endlich schnell weiterzukommen unter der Voraussetzung, dass alle anderen wissen, was es heißt, ökonomisch zu denken. Denken Sie nur an die Verpflichtung eines Unternehmens, Gewinn zu erzielen. Das hat einen ökonomischen Sinn und keinen Bereicherungssinn. Die Gewinnerzielung ist notwendig, damit das Unternehmen erhalten bleibt und in Zukunft selber noch existiert. Das ist der Sinn von Gewinnerzielung. Es geht also um nichts anderes als um die wirtschaftliche Logik innerhalb des Betreibens selbst. Das muss sich langsam durchsetzen.

Solange hier Politik nur Religions- und Ideologieersatz ist und gerade nicht die ökonomische Langfristigkeit gefordert wird, solange gibt es auch keine vernünftigen Entscheidungen. Hier muss es jetzt aber eine vernünftige Entscheidung geben, weil es für die Zukunft von großer Bedeutung sein wird.

Jetzt muss also schnellstens der Vorschlag von Herrn Keymis realisiert werden, damit dieser Fall erledigt wird und man alle anderen bremsen kann. Wir haben sehr entscheidende Fragestellungen in Wuppertal. Sie müssen sich einmal vorstellen: Ich war zum Nachlassverwalter von etwas ziemlich Bedeutendem bestellt worden, und dann sagt einer der Funktionäre: Diese Kunst geht mir am Arsch vorbei. – Ich habe das nach Berlin gegeben, an den Hamburger Bahnhof. Jetzt haben die die Rechte und können entsprechend handeln und nehmen alleine aus der Verwertung von Abbildungsrechten 12.000 pro Monat ein. Da sagt so ein Hampelmann, der selber die höchste Kulturfunktion hat – vielleicht wissen Sie schon, wer es ist: Es geht mir am Arsch vorbei. – So wird Politik gemacht. Das ist NRW-WestSpiel: Es geht mir am Arsch vorbei.

Das muss aufhören, hier muss sich die ökonomische Vernunft gegen das ganze Gequake durchsetzen. Künstler sind von äußerster Rationalität. Das müssen sie schon sein; denn wer da nicht seine paar Kröten vernünftig verwaltet, landet im Dreck und kann überhaupt nicht mehr arbeiten.

Nach meiner Kenntnis ist alles das, was im Bereich der Kunst geschieht, von höherer Rationalität als alles, was in der Politik geschieht, und erst recht, was im Bereich der angeblichen Basisökonomie für die gesellschaftliche Entwicklung passiert. Das kann man im Einzelfall zeigen. Es fehlt an Rationalität. Es fehlt an Begründungsfähigkeit. Die könnten Sie bei der Wissenschaft und der Kunst gerade abholen, um zu sagen: Wir sind auf Verbindlichkeit verpflichtet. Das ist das Kennzeichen. Wenn wir uns nicht auf Verbindlichkeit einigen, gibt es keine Möglichkeit der Orientierung. Kultur ist das Beziehungsgeflecht zur Erzeugung von Verbindlichkeit. Darauf muss man sich verlassen können. Jetzt wird gesagt: Das Vertrauen in die Politik ist verloren gegangen, erstrangig in die Wirtschaftsführung, zweitrangig in die Universitäten, in die Professoren, die jeden Tag lügen müssen. Die Politik zwingt die Professoren, jeden Tag zu

lügen. Ich war zwölf Jahre lang Dekan und habe die ganze Geschichte 40 Jahre lang als Hochschullehrer mitgemacht. Wer heute einen Antrag stellt, muss in diesen herschreiben, dass die Forschungsergebnisse, die aufgrund der beantragten Mittel entwickelt werden, dazu führen werden, dass der Wirtschaft ein Mehrwert entsteht. Das heißt, er muss gegen das antreten, was er eigentlich tut. Denn man forscht ja, weil man noch nicht weiß, was dabei herauskommt. Er muss also lügen, er muss sagen, was dabei herauskommt, um damit seinen Antrag zu begründen.

Das alles sabotiert die ökonomische Vernunft. Ökonomie kommt von oikos. Und oikos ist das, was jede Hausfrau kann, nämlich vernünftig mit Begründungen umzugehen. Denn die Hüterin des Herdes ist nun einmal die Hausfrau. Da hat die Kanzlerin ganz recht als schwäbische Hausfrau – aber sie ist keine, und das ist der Witz.

Eine irgend beliebige Dame, die sich verkauft, ist keine Ökonomin. Die verschleißt und ruiniert sich, das ist völlig unökonomisch. Wenn man selbst für die Nacht 300 € bezieht, dann höchstens zehn Jahre, und dann ist man als Hure erledigt. Das hat keinen Sinn.

Bestehen Sie auf ökonomischem Sachverstand. Wir haben Institute dafür. Sie können im Einzelnen nachrechnen, was eine solche Entscheidung ökonomisch bedeutet.

Mein Plädoyer: Machen Sie das jetzt kurzfristig, und zwar einvernehmlich mit allen Parteien, indem Sie sagen: Jetzt zwingen wir uns selber dazu, in Zukunft alle kulturpolitischen Entscheidungen ökonomisch zu begründen. – Dann fragen Sie uns, und wir sagen Ihnen, was ökonomisch richtig ist. Es ist doch lächerlich, dass jetzt die Künstler als diejenigen dargestellt werden, die ihre Wertsteigerung einsetzen müssen, um verrückt gewordene Banker und allmachtsfantastische Politiker durch den Verkauf ihrer Werke zu entlasten. Das ist doch grotesk, aber es ist in der Tat so. Denn nur das ist überhaupt Vernunft, was begründbar und vor dem Einzelnen und nicht vor dem Kollektiven vertretbar ist. Sie müssen das das Individuum, also den Wissenschaftler und Künstler fragen. Beuys hat gesagt: Jeder muss ein Künstler sein. Also jeder muss aus seiner Eigenverantwortlichkeit begründen, was er tut, und sich nicht auf irgendwelche Experten und Ideologien berufen. Das ist der Witz an der ganzen Geschichte.

Seit 1400 gilt: Künstler und Wissenschaftler sind die, die sich nicht mehr auf kulturelle Legitimation stützen, weder auf den Fürsten, den Bischof, die Bank oder die Öffentlichkeit. Sie sind Autorität durch Autorschaft. Das ist die Basis. Wer auf dieser Basis nicht weiterkommt, ist nicht politikfähig, ist nicht sozialbindungsfähig. Der setzt nur kollektiv durch.

(Beifall)

Oliver Keymis (GRÜNE): Ich möchte Ihnen danken und nehme zur Kenntnis, dass Sie das ähnlich einschätzen und wir jetzt die Lösung diskutieren können, die wir eben vorgetragen haben. Wenn es schließlich so kommt, hat der Erfolg viele Mütter und Väter, und das ist dann auch gut so.

Ich möchte auf ein paar Punkte eingehen, damit da nichts falsch verstanden wird. Die Geige ist Herrn Zimmermann nicht weggenommen worden. Er hat sie unter dem Druck – so, wie der Künstler ihn offenbar empfindet – zurückgegeben. Wenn ich aber seinen Steuerberater aus Duisburg richtig verstanden habe, dann verhandeln die noch darüber, wie es mit der Geige weitergeht. Das ist jedenfalls mein aktueller Stand.

Frau van Duiven, Sie sprachen gerade das Thema Minderausgaben an. Das ist jedes Jahr so. Alles, was nicht abgerufen wird, wird anschließend vom Ministerium für Dinge verausgabt, die dann noch möglicherweise Erfordernisse haben, zum Beispiel wird daraus der Ankauf von Kunstwerken finanziert. Es kann also sein, dass Mittel für die Kunst am Bau in dem Jahr gar nicht abgerufen wurden – aus welchem Grund auch immer – und bevor sie verfallen, gibt man sie aus. Das war eine der letzten Amtshandlungen des ausgeschiedenen Abteilungsleiters. Ich halte das für politisch vernünftig. Herr Brock, dafür, dass Sie das Wort „Vernunft“ hier noch einmal eingeführt haben, bin ich Ihnen dankbar.

Es wurde gerade erwähnt, ich hätte gesagt, es sei nichts verkauft worden. Das habe ich nicht gesagt. Kollege Bialas hat zu recht erwähnt, dass aus den Museen nichts verkauft worden sei. Das ist auch so und soll auch so bleiben. Das war übrigens eine Linie, die Rot und Grün von Anfang an gezogen haben. Wir haben immer gesagt, der Chillida steht überhaupt nicht zur Diskussion.

(Zuruf von Martin-Sebastian Abel [GRÜNE]: Auch im HFA!)

– Danke! Der Kollege Abel sitzt ebenfalls im Haushalts- und Finanzausschuss. Ich will noch betonen: Die Kunstverständigen hier im Landtag sind wenige, aber die waren sich von Anfang an einig, dass wir einen runden Tisch brauchen. Das ist eine Idee aus dem Oktober. Die Ministerin hat es vorgeschlagen, wir haben es alle begrüßt, die Kollegen Sternberg und Bialas genauso wie ich. Wir waren alle der Meinung, es ist eine gute Idee. Es war der Versuch der Ministerin, sich der Welle, die durch das Finanzministerium entstanden ist, entgegenzustellen. Insofern würde ich den runden Tisch, Herr Kollege Lamla, nicht so diffamieren. Das ist schon das Ergebnis dessen, dass wir uns politisch „zusammenraufen“ und uns gegen diese Macht der Banken und der Menschen, die so technokratisch argumentieren, organisieren und dort Argumente ausgetauscht haben. Ich halte den runden Tisch für sehr wichtig, weil das Ergebnis ist: Wir brauchen eine politische Lösung.

Im Übrigen finde ich es unverschämt, dass die Ministerpräsidentin Ihren Brief nicht beantwortet hat, das verstehe ich nicht. Wenn das so ist, haben Sie es hier zu recht bemängelt. Aber auch sie hat im Rahmen der Eröffnung der Uecker-Ausstellung klar gesagt: Wir werden eine politische Lösung finden.

Wir müssen uns meines Erachtens darauf verständigen, dass wir diese positiven Zeichen auch gemeinsam weiter befördern. Das ist wichtig.

Ich habe am runden Tisch schon gesagt, dass ich so eine Liste gar nicht will. Ich will keine Liste, auf der die einzelnen Werke aufgelistet sind. Ich will es nicht, nicht weil es mich nicht interessiert, sondern weil ich vermute, dass es nicht darauf ankommt, die einzelnen Sachen zu kennen und zu wissen, ob sie verwertbar sind oder nicht,

sondern damit das Konvolut an sich übernommen wird und im öffentlichen Auftrag verbleibt. Das ist der entscheidende Punkt an diesem Vorschlag, dass es in diese Richtung geht.

Sie hatten ja danach gefragt: Es soll an die Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen gestiftet werden, weil Sie von dem einen Unternehmen, an dem das Land beteiligt ist, zustiften an das andere Unternehmen des Landes, nämlich an die Stiftung und Sammlung NRW. Das hat schon eine Logik. Dass die dann unter anderem mit den kommunalen Museen, in denen die Kunstwerke als Leihgaben stehen bzw. hängen, Dauerleihgabeverträge abschließen, ist doch selbstverständlich. Insofern wäre das doch eine Lösung.

Hinsichtlich der Geige möchte ich noch sagen: Das passt in diese Diskussion nicht so ganz genau, weil die Geige – wie Herr Blum bereits sagte – nicht in den Privatbesitz gehört. Auf der anderen Seite ist es so, dass Frau Anne-Sophie Mutter zwei Stradivaris in Ihrem Besitz hat, mit denen sie bisher auch pfleglich umgeht.

(Prof. Dr. Barbara Welzel: Es ist auch die Frage nach deren Erben!)

– Ja, es ist auch die Frage nach dem, was danach kommt. In aller Regel finden solche Instrumente auch wieder Menschen, die sie kaufen und auch spielen. Bisher war das so. Ich fände es gut, wenn es bei Herrn Zimmermann bliebe und wir die Geige als öffentliches Gut dem Musiker zur Verfügung stellen würden.

Zum Schluss möchte ich noch eine Bitte an Sie äußern. Sie haben gerade gesagt, was Sie bemängeln und dass Sie die Politik in der Schuld sehen. Ich würde mir vom Künstlerbund, vom BBK und von den anderen auch, die an den entsprechenden Stellen aktiv sind, wünschen, dass Sie stärker diese Diskussion, die wir hier führen, in die Gesellschaft über Ihre Verbände hinein initialisieren.

(Prof. Dr. Bazon Brock: Das machen wir doch! Jeden Tag, von morgens bis abends!)

– Wo? Ich bin nie eingeladen worden. Ich weiß von nichts. Ich habe eine solche Veranstaltung bisher noch nicht gesehen. Es gibt keine BBK-Veranstaltung in Köln oder Düsseldorf, auf der gesagt wird: Dieses Thema wollen wir mit 52.000 Künstlern diskutieren. Meine Bitte an Sie: Wenn Ihnen diese Diskussion etwas wert ist, tragen Sie es doch mit hinaus. Wenn Sie wollen, laden Sie uns alle dazu ein. Stellen Sie die Politik vor die Leute. Dass wir dann darüber in den Dialog kommen, halte ich für genauso wichtig, als wenn wir ins Museum oder ins Theater gehen.

Ich bedanke mich sehr bei Ihnen und freue mich, dass wir so miteinander diskutieren konnten.

Friederike van Duiven (Bundesverband Bildender Künstler/innen in NRW e.V.):

Ich möchte direkt darauf antworten, weil wir zum einen mit den verschiedenen Künstlerverbänden und Netzwerken ein Treffen in Köln organisiert haben, und zwar unter anderem genau zu diesem Thema, um uns endlich zu verbrüdern, einen Schulter-schluss zu vereinbaren und uns endlich gemeinsam dazu verhalten zu können.

Zum anderen haben wir mit dem Kulturrat NRW genau zu diesem Thema eine Veranstaltung in Planung, die Herr Baum schon für den April angekündigt hat. Ich hoffe, wir schaffen es bis April, ansonsten wird sie im Mai stattfinden.

Andrea Knobloch (Deutscher Künstlerbund e.V.): Ich möchte Sie alle herzlich einladen, nach Berlin zu kommen, da der Deutsche Künstlerbund im Herbst sein jährliches Symposium in Berlin zu dem Thema „Sammeln – Entsammeln“ plant. Sie ahnen es schon: NRW ist hierbei ein ganz wichtiger Ort. Wir werden uns auch in anderen Bereichen des Sammelns und Entsammelns mit der Problematik der gefüllten Depots oder der Künstlernachlässe im Rahmen dieses Symposiums auseinandersetzen.

Die Politik ist ja leider, wenn sie eingeladen wird, manchmal nicht ganz so folgsam, wie wir uns das wünschen würden, aber wir nehmen Sie jetzt beim Wort und werden gerne die Informationen in diesen Kreis hineinreichen.

Prof. Dr. Bazon Brock, Wuppertal: Ich möchte dazu noch gerne einen Witz sagen. Auf solche Anfragen haben wir eine Antwort bekommen: Wenn wir bei Ihnen auftreten, wissen wir von vornherein, dass Sie am Ende gewonnen haben. Deswegen kommen wir nicht.

(Prof. Dr. Barbara Welzel: Das ändert sich ja gerade!)

– Wir wollen sehen, ob es sich wirklich ändert. Wir bekommen den Kontakt zu den Politikern nicht. Der wichtigste Fall ist derzeit das Humboldt-Forum, wo nun wirklich eingegriffen werden muss. Denn das, was da im Geheimkabinett gebastelt wird, ist absehbar als eine gigantische Pleite zu sehen. Und je mehr sich die einzelnen Beteiligten als autokratische Herrschaft installieren desto größer wird die Pleite sein. Es ist absehbar, alle Fachleute sagen es. Und was geschieht? – Nichts! Die zuständigen Politiker verweigern die Diskussion.

Einen versöhnlichen Witz zu dieser WestSpiel-Übernahme durch die Politik habe ich noch: Der Herr Finanzminister hat der Dialektik von Rationalität im kabarettistischen und im ökonomischen Sinne einen tollen Beitrag und eine Leistung vollbracht: Er hat nämlich gesagt: Wenn Kunstwerke einen Wert haben, dann müssen wir diesen Wert feststellen. Und den Wert können wir nur feststellen, wenn wir die Dinge verkaufen. Also seien Sie uns doch dankbar dafür, dass wir ausdrücklich den Wert der künstlerischen Arbeit in dieser Dimension festgestellt haben. – Und dafür wollen wir ihm nachträglich danken. Er wird sicherlich noch viele dieser dialektischen Herausforderungen zustande bringen.

Prof. Dr. Dieter Ronte (Bonn): Eine grundsätzliche kulturelle Diskussion in diesem Land wäre ja notwendig, weil es sich ja fast immer nur in den Kommunen abspielt, sozusagen im Lokalteil. Wir fordern ja die landesweite Aufmerksamkeit ein. Kann denn das Land nicht so etwas wie diesen Fall zum Anlass nehmen und ein kulturelles Hearing von einem Tag veranstalten, zu dem die Verbände eingeladen werden, und zwar hierhin, wo es auch landesweit wahrgenommen wird. Es könnten dann die-

se Punkte diskutiert werden, die hier angesprochen wurden, zum Beispiel was bei der Kunst am Bau schief läuft, was dort vernichtet wird. Das ist gigantisch, und keiner spricht darüber. Insofern halte ich es für ein sehr gerechtes Anliegen. Vielleicht wäre das eine Möglichkeit, eine solche Veranstaltung zu initiieren.

Vorsitzender Karl Schultheis: Das sehe ich aus so, und es war mit ein Grund dafür, dass ich den Kolleginnen und Kollegen vorgeschlagen habe, dieses Hearing heute hier durchzuführen, um dieses Thema nicht nur der Landesregierung und den Verwaltern in den Banken zu überlassen. Es ist ein kulturpolitisches Thema, das der Landtag diskutieren, aufgreifen und verarbeiten muss.

Daniel Schwerd (PIRATEN): Den Verkauf der Kunstwerke seitens der Portigon wollte ich nicht so alternativlos im Raum stehen lassen, wie Herr Bialas es darstellte. Er wollte gerne ein entsprechendes Gutachten sehen. Frau Knobloch hat es ähnlich angesprochen, dass sie es im Grunde nicht versteht – und so geht es mir auch –, warum, wenn doch eigentlich die Portigon AG dem Land gehört, sei es auch nur mittelbar, dieser Einfluss da nicht möglich ist.

Herr Prof. Sternberg hat es gesagt, in Zukunft würde sogar der Bund seine Beteiligung abgeben und das Land könnte es für sich alleine entscheiden. Ich wollte noch erwähnen, dass es sehr wohl das besagte Gutachten zumindest in Thesenform gibt, wie man, den politischen Willen voraussetzend, diese rechtliche Lage herstellen könnte. Ich möchte darauf hinweisen, dass dieser Verkauf keinesfalls alternativlos ist, sondern dass es einen thesenhaften Ansatz durchaus gibt. Das können wir auch gerne dem Kollegen Bialas zur Verfügung stellen und dieses in der Aussprache zu dieser Anhörung thematisieren.

Vorsitzender Karl Schultheis: Hier kam gerade die Frage auf, von wem das Gutachten ist.

Daniel Schwerd (PIRATEN): Das ist aus unserer eigenen Fraktion, es ist von unserem Sprecher im Haushalts- und Finanzausschuss erstellt worden.

(Prof. Dr. Thomas Sternberg [CDU]: Können wir das herumgeben?)

– Das wird sich sicherlich machen lassen, ich kläre das ab.

Es ist daher nicht alternativlos, sondern es gibt Ansätze, das in den Blick zu nehmen.

Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU): Ich habe den Eindruck, es gibt Illusionen, wie öffentliche Diskurse funktionieren. Es gibt tatsächlich viele auch landesweite Diskurse der Kulturpolitiker. Aber die Kulturpolitiker werden immer weniger und die Kulturinteressenten sind auch nur eine ganz bestimmte Gruppe und Größe. Das heißt, wir haben eine Sektorierung, indem die Kultur nicht mehr das alles übergreifende Element ist. Sie mahnten vorhin den Sachverstand in den Ministerien an. Normalerweise würde man sagen, dass man sich darauf verlassen kann, dass in jedem Ministerium

einer sitzt, der weiß, was in dem Museum an Kunstwerken vorhanden ist. Das können Sie aber nicht mehr, und das ist unser wirkliches Problem.

Frau Welzel, Sie sprachen das Problem der Diskurse an. Wir sind uns hier als Kulturpolitiker einig. Aber wie bekommt man dies in einen politischen Diskurs? Wir funktioniert das politisch? – Das funktioniert über Opposition und Regierung, über Druck und Gegendruck. Da nimmt auch jeder seine Rollen ein. Und das, was da manchmal wie eine parteipolitische Auseinandersetzung aussieht, ist dann in Wirklichkeit eine von Regierung und Opposition, bei der die Rollen eingenommen werden. Ich kann mich daran erinnern, dass Kollege Schultheis einmal auf der anderen Seite gesessen hat, als wir auf der Regierungsseite saßen. Das kann auch wechseln.

Prof. Dr. Barbara Welzel (Verband Deutscher Kunsthistoriker e.V.): Es ist mir ein Bedürfnis, darauf unmittelbar zu antworten. Das ist völlig klar, aber es geht um diese eine Situation zu diesem Zeitpunkt.

Vorsitzender Karl Schultheis: Wir sitzen immer auf unterschiedlichen Seiten, aber man muss sehen, dass man von den Seiten heraus das Richtige tut.

Andreas Bialas (SPD): Ich sagte ja vorhin, Gutachten, die belegen, dass wir eine andere Situation haben, ohne die Unternehmensrechte in dieser Form berücksichtigen zu müssen, sind herzlich gerne genommen. Dazu zähle ich jetzt kein Thesenpapier irgendeiner Fraktion dazu, wobei dieses weitere Anregungen gibt. Es liegt ja schon als Antrag vor, und sollte es etwas anderes sein, so können Sie uns das bitte zusenden.

Es muss meines Erachtens noch benannt werden, und das wird eine Sache sein, der wir uns nicht nur im Bereich der Kunst stellen müssen. Wenn der Staat Aufgaben hat und diese an Unternehmen auslagert, dann muss er sich dessen bewusst sein, dass es nicht primär nach dem öffentlichen Willen geht, wobei wir annehmen, dass dieser öffentliche Wille halbwegs vernünftig ist, sondern dann sind auch Unternehmen mit ihren Rechten involviert, ob uns das passt oder nicht. Das mag vielleicht eine Zeit gut gehen, wenn die Situation gut ist. Wenn wir jedoch Krisen haben, wie es im Bereich der Portigon AG der Fall ist, dann stoßen wir mit unterschiedlichen Rechtspositionen aufeinander, die uns alle nicht passen, wo wir aber in der Tat rechtliche Lösungen brauchen.

Es ist aber eine grundsätzliche Frage zu schauen, inwieweit der Staat seine Aufgaben und Funktionen wahrzunehmen hat und ob er die rein staatlich zu lösen hat oder sich auch anderer Unternehmen bedienen kann. Das macht er ja in einigen Bereichen auch vernünftig. Wir haben jetzt hier eine Situation, bei der es zu immensen Problemen kommt.

Zweitens möchte ich noch auf Herrn Prof. Dr. Ronte antworten. Wir haben jetzt auch im Kulturfördergesetz implementiert, dass wir exakt diese Diskussion wollen. Die nächste Umsetzung dessen, wie wir uns die Finanzierung in den nächsten Jahren vorstellen, soll wieder in Regionalkonferenzen, wie es zur Erarbeitung des Gesetzes

entsprechend geschehen ist, stattfinden. Das wäre dann auch ein Forum, welches hier seitens des Ministeriums zur Verfügung gestellt wird.

Prof. Dr. Dieter Ronte (Bonn): Nach meiner Ansicht müsste es noch einen Schritt weitergehen. Man muss einen Weg finden, zu dem man sich eine Verfahrensgrundlage überlegt, die solche Fälle für später ausschließt. Das muss man mit Berlin und wahrscheinlich auch mit Brüssel besprechen, damit solche Dinge nicht wieder passieren. Denn wenn unser Denken nur noch ökonomisiert wird, dann muss da einfach eine Barrikade aufgebaut werden, und man muss sagen: Nein, aus den und den Gründen geht es nicht.

Wenn die öffentliche Hand mit einer Privatfirma arbeitet, dann gilt zwar das Aktiengesetz usw., aber dennoch sind es nicht rein private Unternehmen. Dann würden wir es doch gar nicht diskutieren. Wäre es die Commerzbank oder eine andere private Bank, würden wir das hier gar nicht diskutieren. Da sollte man einen Weg finden, wie man das in Zukunft auf administrativer gesetzlicher Grundlage verhindert.

Prof. Dr. Barbara Welzel (Verband Deutscher Kunsthistoriker e.V.): Wenn wir diese Diskussion abgeschlossen haben und das ein „ex-ent“ gestellter Fall ist, dann sollte der Disput weitergehen und eine größere Dimension erhalten. Da finde ich das, was Herr Ronte sagte, relativ wichtig, auch in einer solchen schockierenden Situation, in der man sich mehr oder minder sehenden Auges in diesem Land vorgefunden hat. Wir sollten in die Diskussion nach Brüssel gehen und fragen: Was passiert hier eigentlich? – Wir führen hier die Diskussion über diese 28 Millionen €. Das ist in Griechenland und in Spanien im Moment anders, wo an den Museen das Forschen und Listenführen den Kollegen bereits untersagt wurde. Denn das gilt nicht mehr als reine Besitzstandswahrung und gehört zu den Sparbeschlüssen, sodass an den Museen nicht mehr geforscht werden darf.

Wir leisten uns – zugespitzt gesagt – momentan die Luxussituation, dies an einem Fall in Nordrhein-Westfalen zu diskutieren und wohl glücklicherweise auch lösen zu können. Aber die Diskussion sollten wir danach wirklich beginnen und dann bei dem Land anfangen, was nicht gerade mit dem Rücken zur Wand steht. Denn diese europäischen Richtlinien, die uns mit der Portigon in diese Situation gebracht haben, greifen in allen anderen Ländern wie Spanien, Griechenland und Portugal im Moment auch, und dann gibt es vielleicht sogar die Verantwortung, diese Diskussion von hier aus aufzumachen.

Prof. Dr. Bazon Brock, Wuppertal: Wenn man sich ansieht, unter welchen Bedingungen Drittmittel verwaltet und genutzt werden müssen, ist dies ein Skandal sondergleichen. Da wäre es mir lieber, wir hätten die DDR als Rechtsnorm behalten.

Vorsitzender Karl Schultheis: Das müssen wir jetzt nicht vertiefen.

Friederike van Duiven (Bundesverband Bildender Künstler/innen in NRW e.V.): Darauf muss ich jetzt antworten. Zum einen möchte ich Sie gerne in der Sache un-

terstützen, zum anderen denke ich aber auch, dass diese Diskussion tatsächlich mit dem Kunstsachverstand, also mit Kunsthistorikern und Kunstmuseen, aber auch mit den Künstlern geführt werden muss und durchaus auf der Landesebene und gerade nicht bei den Regionalkonferenzen anzusiedeln ist. Das sind riesige Konferenzen. Wir haben diese Konferenzen an den verschiedenen Standorten mitgemacht, und zwar vor dem Kulturfördergesetz. Sie sind überwiegend von Personen besucht, die nicht ehrenamtlich wie wir, dahin kommen, sondern die aus den Kulturverwaltungen im Rahmen ihres Jobs an diesen Veranstaltungen teilnehmen und auf einer ganz anderen Ebene debattieren.

Ich muss an dieser Stelle wirklich die Lage der Künstler verdeutlichen. Die meisten Künstler sind zuerst als Künstler tätig, aber parallel dazu haben die meisten irgendeinen „Brot-Job“, und wenn es so ist, dass sie an irgendeiner Akademie eine Professur haben, um es sich überhaupt leisten zu können, als Künstler zu arbeiten. Wenn man daneben noch den ganz Tag zu einer Regionalkonferenz geht, um irgendwelche lustigen Tischdecken bemalen und vielleicht zwei Stichworte aufschreiben zu dürfen, dann heißt das nicht mitgestalten. Denn das stelle ich mir anders vor. – Das musste ich jetzt einmal in dieser Klarheit sagen.

Andreas Bialas (SPD): Es ist angekommen, und ich halte es für sinnvoll. Es war eine allgemeine Frage, in welche Richtung unsere Diskussion gehen soll.

Mit dem Thema, mit dem wir uns beschäftigt haben, befinden wir uns derzeit eher im Bereich des Krisenmanagements einer akut gefährdeten Sammlung. Danach müssen wir schauen, was mit den anderen Unternehmen, wo auch etliche Kunstwerke vorhanden sind, ist. Was ist mit Westlotto, was ist mit WestSpiel und was ist mit der NRW.BANK? Dann sollten wir auch überlegen, wie man hier zu einer generellen Lösung gelangen kann.

Das werden wir auf jeden Fall auf die Ebene des Ministeriums tragen und diese Diskussion über das Ministerium anregen. Sollte das auf diesem Wege nicht zum Erfolg führen, werden wir andere Mittel und Wege finden, um zum Erfolg zu kommen.

Vorsitzender Karl Schultheis: Weitere Wortmeldungen liegen mir in der Tat jetzt nicht mehr vor. Ich darf mich bei den Expertinnen und Experten und auch bei den Kolleginnen und Kollegen bedanken. Ich fand, es war ein sehr ernsthafter Diskurs, ein Diskurs, der die Argumentation schärfen hilft, und es war auch sehr unterhaltsam. Das braucht sich nicht auszuschließen. Ich gehe davon aus, dass dies nicht die letzte Diskussion in dieser Angelegenheit gewesen sein muss.

gez. Karl Schultheis
Vorsitzender

06.05.2015/08.05.2015

